# CDU Saar

## PROGRAMM

## "DER SICHERE WEG IN DIE ACHTZIGER JAHRE"

Einstimmig beschlossen vom Landesparteitag der CDU Saar
am 9. November 1974 in der Kongreßhalle Saarbrücken

A7/4/5 Saar

Inhalt

I Präambel

II Planungsprogramm

CDU Saar: Der sichere Weg für unser Saarland

1. Menschen an der Saar
1. 1. Bevölkerungsentwicklung
1. 2. Die Erwerbstätigen
1. 3. Bildungspolitische Folgen

2. Wirtschaft an der Saar
2. 1. Die Erfolgsbilanz
2. 2. Konjunkturpolitische Gefahren
2. 3. Politik des qualitativen Wachstums

3. Soziale Ordnung
3. 1. Soziales Handeln
3. 2. Sicherung der sozialen Ordnung
3. 3. Gleichberechtigung von Mann und Frau

4. Arbeitswelt und Umwelt
4. 1. Gestaltung einer humanen Arbeitswelt
4. 2. Die lebenswerte Umwelt

5. Anforderungen an die Infrastruktur

6. Saarland - europäische Kernregion

Der sichere Weg vom Plan zur Wirklichkeit

III Problemkatalog

# I PRÄAMBEL

Die CDU Saar ist den Grundwerten, die sich aus dem christlichen Menschenbild ergeben, verpflichtet.
Grundwerte sind: Selbstverantwortung des einzelnen und der Familie, Solidarität, persönliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit. Diese Werte müssen im Spannungsfeld zwischen den Bedürfnissen des einzelnen und den Interessen der Gesellschaft verwirklicht werden.

Nach dem Auftrag unseres Grundgesetzes ist die Bundesrepublik Deutschland ein freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat, in dem sich sozialer Fortschritt durch die Beteiligung der Bürger in Freiheit vollziehen soll. Deshalb wünscht und fördert die CDU Saar die Mitwirkung aller Bürger am politischen Geschehen. Toleranz und soziale Verantwortung bilden dabei die Grundlage für den gerechten Ausgleich der Interessen und für den inneren Frieden.

Zukunftsorientierte Reformen sind notwendig. Sie müssen jedoch durchführbar sein und werden nur dann Bestand haben, wenn neben der materiellen Sicherheit auch die Freiheit der Person und die geistige Freiheit gewährleistet sind. Die CDU Saar wird daher mit Entschlossenheit allen Erscheinungsformen des Radikalismus und der Intoleranz in unserem staatlichen und gesellschaftlichen Leben entgegentreten.

Für den Bestand und die Fortentwicklung unserer freiheitlich demokratischen Ordnung ist die Mitwirkung möglichst vieler Kräfte der Gesellschaft auf der Grundlage der Freiwilligkeit unverzichtbar. Die unbedachte Übertragung immer neuer Aufgabenbereiche in die Zuständigkeit des Staates muß nicht nur mit steigenden Steuerlasten, sondern vor allem mit einer Verringerung der Freiheit und einer Verarmung der sozialen Verantwortung für den Mitmenschen teuer bezahlt werden.

Die CDU Saar fördert deshalb die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen und der Familie sowie die verdienstvollen Initiativen der freien Träger kultureller und sozialer Einrichtungen.

Gleichrangig neben diesem Bekenntnis zur Eigenverantwortung steht das Bekenntnis zur Solidarität. Weder der einzelne noch die Gemeinschaft können auf diese persönliche Solidarität verzichten. Sie gilt insbesondere für die Behinderten und Benachteiligten in unserem Volk. In der wirksamen Hilfe für sie sieht die CDU Saar die Erfüllung eines hervorragenden politischen Auftrages, dem sie sich aus christlicher Verantwortung in besonderer Weise verpflichtet weiß.

Die freiheitliche Demokratie braucht den verantwortungsbewußten Bürger, der sich in seiner politischen Entscheidung nicht von unerfüllbaren Wünschen leiten läßt. Die CDU Saar beteiligt sich deshalb nicht an einem Wettbewerb der Versprechungen, der nur zu einer weiteren Zerrüttung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Ordnung und damit zu einer steigenden Gefährdung der Arbeitsplätze führen müßte.

Die CDU Saar wendet sich nachdrücklich gegen sozialistische Experimente. Sie richtet ihre Politik nach den berechtigten Erwartungen des einzelnen und nach den Bedürfnissen der Gemeinschaft aus, um so am besten der persönlichen Freiheit und Sicherheit sowie dem sozialen Fortschritt der Menschen an der Saar zu dienen.



## II Planungsprogramm

### CDU Saar: Der sichere Weg für unser Saarland

Unter Führung der CDU hat das Saarland die Eingliederung in die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland mit großem Erfolg bewältigt. Dazu haben alle Menschen unseres Landes mit ihrer Arbeit beigetragen. Sie haben eine sichere Grundlage und feste Fundamente für weiteren Fortschritt gelegt.

Gute politische Führung und die Zusammenarbeit aller garantieren auch für die Zukunft weiteren stetigen Fortschritt.

Drei Elemente bestimmen die solide und erfolgreiche Politik der CDU Saar:

Klare Zielsetzungen;

Realistische Planung;

Energisches Handeln einer erfahrenen und bewährten Mannschaft.

Auf dieser gesicherten Grundlage können wir gemeinsam zu neuen Ufern aufbrechen: Die CDU bietet eine Politik für unser Saarland.

### Klare Zielsetzungen - vorausschauende Planung

Unsere unveränderten Grundwerte bestimmen die Ziele unseres politischen Handelns:

Wir werden dem freien Menschen und seiner Gesellschaft neue Chancen eröffnen.

Utopische Wunschbilder und unsinnige Versprechungen können diesen Zielen nicht dienen. Sie schaffen vielmehr Unzufriedenheit, soziale Spannungen und gefährden unsere freiheitliche Ordnung.
Deswegen bauen wir unsere Handlungsziele auf eine realistische Planung.

Sie ermöglicht eine Politik aus einem Guß, in der die Ansprüche erfaßt werden, die von allen Lebensbereichen des Menschen an die Politik gestellt werden.

Diese Planung erweitert den Freiheitsraum unserer Bürger, denn sie macht ihre eigenverantwortliche Entscheidung sicherer.

Unsere realistische Planung zeigt uns das Bild des Saarlandes, das wir in gemeinsamer Arbeit gestalten wollen. Es ist kein Wunschbild, sondern steht im Einklang mit den finanziellen Möglichkeiten.
Die CDU Saar hat die Frauen und Männer, die unsere realistischen Ziele verwirklichen können.

Wir müssen wissen, für welche Menschen wir wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu verwirklichen haben.

Wir müssen die soziale Ordnung kennzeichnen, die unserem Menschenbild entspricht.

Wir müssen aber auch die Bedingungen herausarbeiten, die unsere Arbeitswelt menschlicher und unsere Umwelt lebenswerter machen.
Die Menschen an der Saar und ihre Wirtschaft, die soziale Ordnung, die Arbeitswelt und die Umwelt stellen deswegen die Schwerpunkte unseres Programmes dar.



## 1. Menschen an der Saar

Die Politik der CDU Saar soll den Menschen dienen. Die wichtigste Aufgabe dieser Politik muß es daher sein, den vielen unterschiedlichen Lebensbedürfnissen gerecht zu werden.

### 1.1. Bevölkerungsentwicklung

Auch im Saarland werden von Jahr zu Jahr weniger Kinder geboren. Wurden hier vor einigen Jahren noch mehr als 20.000 Geburten pro Jahr registriert, so werden es in Zukunft nur noch etwa 10.000 sein.
Auf die Folgen dieser sinkenden Geburtenzahlen müssen wir uns heute bereits einstellen.
Zwei Beispiele verdeutlichen die Bedeutung dieser Entwicklung für das politische Handeln:
- Der Altersaufbau der saarländischen Bevölkerung wird sich in den nächsten zehn Jahren wesentlich verschieben. Der Anteil der alten Menschen steigt von 11 % auf 15 % an, d.h. von 136.000 auf 151.000.
- Die Zahl der Schulanfänger wird von 18.400 (1972) auf 12.000 (1980) zurückgehen.

Die Bevölkerung des Saarlandes wird also voraussichtlich nicht weiter zunehmen. Bei einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz werden 1985 im Saarland 1.111 Mio. Menschen leben, also 9.000 Personen weniger als gegenwärtig.
Diese Entwicklung wird nicht in allen Teilgebieten gleich stark sein. Innerhalb der Landesgrenzen werden sich Verschiebungen in der Bevölkerungsverteilung ergeben.

### 1.2. Die Erwerbstätigen

Trotz abnehmender Bevölkerungszahl werden mehr Menschen einen Arbeitsplatz in unserem Lande suchen. Denn der Wunsch nach Beteiligung am Erwerbsleben steigt weiter an.

Frauen werden künftig auch nach ihrer Eheschließung häufiger ihren Beruf weiter ausüben wollen.
Sind gegenwärtig etwa 20 von hundert Frauen berufstätig, so müssen wir damit rechnen, daß es 1985 etwa 32 sein werden.

Die CDU wird mit ihrer Wirtschafts- und Strukturpolitik dafür sorgen, daß Männer und Frauen einen sicheren Arbeitsplatz finden können, der ihrer Ausbildung und ihrem beruflichen Können gerecht wird.

In den letzten zehn Jahren hat die CDU-Regierung des Saarlandes 38.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dieser Erfolg läßt heute erwarten, daß wir 1985 für 310.000 Männer und für 170.000 Frauen geeignete Arbeitsplätze in unserem Land haben werde.

## 1.3. Beispielhafte Bildungspolitik

Die Bildungspolitik der CDU-Regierung des Saarlandes kann auf große Erfolge verweisen. Dies hat schon jetzt zu einem beispielhaften Anstieg des Ausbildungsniveaus der Saarländer geführt.
Wir werden unsere Bildungspolitik auch in Zukunft mit Augenmaß und Verantwortungsbewußtsein verwirklichen.
Wir werden weiterhin die allgemeine Bildung und die berufliche Bildung als gleichberechtigt ansehen. Unsere Berufsbildungszentren, die beispielhaft in der Bundesrepublik Deutschland sind, belegen diese Priorität der bildungspolitischen Ziele.

Wir werden uns nicht von denen irritieren lassen, die in der Vergangenheit allein die Übergangsquote auf weiterführende Schulen zum bildungspolitischen Maßstab gemacht haben.

Wir sehen mit Sorge, daß sich die Zahl abgewiesener Studienbewerber in der Bundesrepublik Deutschland ständig erhöht und überdies Hochschulabsolventen nicht die erwarteten Berufswünsche erfüllt sehen. Wir werden deswegen die Beratung in Schulen und Hochschulen ausbauen und damit wesentlich verbessern.
In diesem Zusammenhang müssen u. a. die Ausbildungs- und Berufschancen für nicht studierende Abiturienten erhöht werden.

Wir fördern die Koordinierung der Bildungs- und Strukturpolitik. Dabei nimmt die Bildungspolitik eine führende Rolle ein. Unter dem Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit wird allen Schichten Zugang zu Bildung und Ausbildung nach eigener Neigung, Fähigkeit und Leistung eröffnet.

Unsere besser qualifizierten Arbeitskräfte, die wachsende Ansprüche an ihren Arbeitsplatz stellen, müssen solche Arbeitsplätze auch bei uns finden.

Die Bildungspolitik der CDU Saar will die Heranwachsenden, aber auch die Erwachsenen immer besser auf die hohen Anforderungen des schnellen technischen und wirtschaftlichen Wandels vorbereiten. Alle Bürger sollen dabei gerechte und ihren Fähigkeiten entsprechende Chancen für ihr Leben erhalten. Dieses Ziel hat die CDU-Politik schon weitgehend verwirklicht. Dazu dienen als Einzelmaßnahmen ebenso die Gliederung unseres Schulwesens, wie die Lernmittelfreiheit und die vorbildliche Entwicklung vorschulischer Einrichtungen.

Ebenso werden wir den hohen Stand, den unsere Erwachsenenbildung bereits erreicht hat, weiter zielstrebig ausbauen.

Leistungsfähigkeit und Leistungswille werden bei uns im Saarland stets gute Voraussetzungen für persönlichen Erfolg und sozialen Aufstieg finden.



## 2. Wirtschaft an der Saar

Die Strukturpolitik der CDU-Landesregierung hat der saarländischen Wirtschaft ein neues Gesicht gegeben. Wachstumskraft und bessere Einkommensmöglichkeit werden auch in Zukunft unsere wirtschaftliche Existenz sicherer machen. Die fortschreitende kulturelle und technische Ausstattung des Landes wird weitere Industrieansiedlungen ermöglichen, um bis zum Jahre 1985 480 000 Arbeitsplätze an der Saar zur Verfügung stellen zu können.

Die Arbeit aller Schaffenden, Leistungswille und Leistungsanerkennung haben in Verbindung mit vernünftiger Politik auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft den wirtschaftlichen Aufschwung des Saarlandes ermöglicht.

Die sachgerechte Anwendung dieser Tugenden wird auch in Zukunft für unser materielles Wohlergehen unentbehrlich sein. Denn nur so können stetiges Wachstum, Ausgewogenheit unter den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und -zweigen, sowie steigende Einkommensmöglichkeiten auch im Saarland weiter gesichert werden.

## 2.1. Die Erfolgsbilanz

Die gegenwärtigen konjunkturellen Schwierigkeiten können nicht darüber hinwegtäuschen:

Die von der CDU getragene saarländische Landesregierung hat ihre strukturpolitischen Ziele planmäßig verwirklicht. Unsere erfolgreiche Politik kann sich an ihren Zielen messen lassen!

Die entscheidenden Erfolgsziffern unserer Strukturpolitik:

- allein von 1967 bis 1974 wurden 25.355 industrielle Arbeitsplätze geschaffen - nach den Zielwerten sollten es 25.800 sein!
- Der Anteil der in der Montanindustrie Beschäftigten ist im Verhältnis zu allen Industriebeschäftigten auf unter 40 % abgesunken - der Zielwert für die Beseitigung der Monostruktur betrug 40 %!
- Im Jahre 1972 erreichte das Bruttoinlandsprodukt im Saarland 8,577 Mrd DM - nach den Zielwerten sollten es 8,196 Mrd DM sein!
- Die Wachstumsrate erreichte im Saarland 6,1 %. Sie lag damit weit über dem Durschnitt in der Bundesrepublik Deutschland mit 4,9 %.

Die Erfolge saarländischer Strukturpolitik haben überall, auch außerhalb unserer Landesgrenzen, Beachtung und Anerkennung gefunden. Auch parteipolitisch Unabhängige, ja sogar parteipolitisch andersorientierte Beobachter und Experten bestätigen unsere Erfolge.
Die Vielseitigkeit unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche wird die Stabilität der Saarwirtschaft verstärken.

Die strukturpolitische Strategie der CDU Saar hat sich als richtig erwiesen.

Wir wurden bestätigt: Die Montanindustrie und die neu angesiedelten Betriebe bieten den Menschen an der Saar auch gegenwärtig stabile und gute Arbeitsplätze!



## 2.2. Konjunkturpolitische Gefahren

Der strukturpolitische Fortschritt des Saarlandes wird gegenwärtig durch eine verfehlte Konjunkturpolitik der Bundesregierung ernsthaft gefährdet. Das führt auch bei uns zu Arbeitslosigkeit. Dies bedeutet, daß auf dem Rücken der saarländischen Arbeitnehmer die Fehler der liberal-sozialistischen Bundesregierung ausgetragen werden.

Wie in der übrigen Bundesrepublik sind auch bei uns Bauwirtschaft und Dienstleistungen von der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit betroffen.

Die CDU Saar sieht nach wie vor im sicheren Arbeitsplatz für alle die unverzichtbare Voraussetzung für jeden sozialen Fortschritt. Vollbeschäftigung und eine gesunde Weiterentwicklung unserer Wirtschaft verlangen deshalb eine vernünftige Konjunkturpolitik, die den besonderen Verhältnissen in unserem Lande gerecht wird.

Die CDU-Landesregierung hat angesichts der konjunkturpolitischen Fehlentwicklungen gehandelt:

- Sie hat als erste Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland einen Nachtragshaushalt als Hilfe gegen Konjunkturschäden beschlossen; sie hat damit unmittelbar gefährdete Arbeitsplätze erhalten.
- Sie hat ein Programm entworfen, das dem besonders betroffenen Mittelstand bei der Überwindung der Inflationsschäden helfen soll.
- Sie hat die schnellere Verwirklichung des Saarkanals und räumlich gezielte Hilfen gefordert.

Diese Maßnahmen sollen die strukturpolitischen Erfolge des Saarlandes vor Schaden bewahren. Unser Handeln allein ist aber nicht in der Lage, einen weiteren Rückgang in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern.
Die Bundesregierung muß endlich umdenken. Sie muß berücksichtigen, daß ihre Stabilitätspolitik - also der Versuch, Geldwertstabilität herzustellen - andere gleichwertige Ziele auf die Dauer nicht vernachlässigt.

1) Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze: Ein notwendiges Investitionsvolumen muß mittelfristig erreichbar bleiben; nur so können Arbeitsplätze garantiert und ein angemessenes Wachstum gesichert werden.

2) Die nach dem Grundgesetz und nach dem Willen der obersten Bundesorgane gewollte Verfassungswirklichkeit muß erhalten bleiben; dies gilt insbesondere für das Verhältnis des Bundes zu den Ländern.

3) Eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur muß erhalten bleiben, d.h. Stabilitätspolitik kann nicht ständig zu Lasten des Mittelstandes gehen; die Wirtschaftsstruktur darf sich im Zuge der Stabilitätspolitik nicht einseitig zugunsten von Großbetrieben verändern.

4) Die Chancen für eine Integrationspolitik müssen gewahrt werden; nur so können weltweite Strukturprobleme gelöst werden.

Die Stabilitätspolitik der SPD/FDP-Bundesregierung ist mit erheblichen, von ihr nicht abgesicherten Risiken belastet.

## 2.3. Politik des qualitativen Wachstums

Unser Saarland ist eine aufstrebende Industrieregion geworden. Der Entwicklungsrückstand zu anderen Bundesländern ist aufgeholt, neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, die Einseitigkeit der Industriestruktur aufgelöst.
Die CDU Saar hat damit die Ziele der ersten Phase ihrer Strukturpolitik erreicht und kann jetzt neue, anspruchsvollere Ziele in Angriff nehmen:
Unser Ziel ist eine Strukturpolitik des qualitativen Wachstums!

Diese Politik wird im Dienste einer menschlichen Gestaltung der Arbeitswelt und einer Bewahrung des natürlichen Lebensraumes stehen. Sie wird auch für die Zukunft den Erfolgen unserer Bildungspolitik Rechnung tragen.

Es ist eine Politik aus einem Guß!

Wir setzen neue Prioritäten:

- Es geht künftig nicht nur um mehr Arbeitsplätze, sondern vor allem um Arbeitsplätze für besser ausgebildete und höher qualifizierte Arbeitskräfte! Unsere jungen, gut ausgebildeten Menschen werden unser Land nicht verlassen müssen.
- Es geht künftig nicht nur um besser bezahlte Arbeitsplätze, sondern auch um eine humanere Gestaltung der Arbeitswelt.
- Es geht künftig nicht nur um eine branchenmäßige Erweiterung der Saarwirtschaft, sondern vor allem um umweltfreundlichere Arbeitsplätze.
- Es geht künftig nicht nur um mehr Einkommen, sondern auch um eine sinnvollere Verwendung der Einkommen in einer wachsenden Freizeit.

Unsere Politik des qualitativen Wachstums ist wirtschaftlich umfassend abgesichert:



- Die Kanalisierung der Saar wird jetzt in Angriff genommen. Sie wird dazu beitragen, daß die Wettbewerbsnachteile der Saarhütten abgeschwächt und diese Arbeitsplätze sicherer gemacht werden.

  Damit wird der von der CDU-Regierung des Saarlandes geplante und durchgesetzte Anschluß des Saarlandes an das internationale Wasserstraßennetz durch die Saarkanalisierung nicht vollständig, aber doch zu einem wesentlichen Teil verwirklicht.

- Das neue energiepolitische Konzept der Landesregierung ist mit der Regierungserklärung vom März 1974 vorgelegt worden. Dieses Konzept ermöglicht für die Zukunft eine Förderung von 9 Mio t Steinkohle und sichert damit die Existenz unserer Bergleute. Verstromung und moderne Kokserzeugung, Vergasung und Verflüssigung von Kohle sind die vier Pfeiler, auf denen der Saarbergbau systematisch stabilisiert wird und planmäßig entwickelt werden kann: Unser Saarland wird auch in Zukunft ein "Energiebündel" bleiben!

  Unser fortgeschriebenes Energieprogramm zeigt, daß wir ein abgestimmtes Konzept für alle Energieträger in unserem Lande haben.

Die unerfüllte Forderung der CDU Saar nach einem Wasserstraßenanschluß zum Rhein hat im Raum Neunkirchen und im nördlichen Saarland wirtschaftliche Sonderprobleme ausgelöst. Zu ihrer Überwindung sind gezielte Maßnahmen ergriffen worden, die auch zum Ausgleich der Standortnachteile der Unternehmen geeignet sind, die in diesem Raume ansässig sind. Die Maßnahmen werden auch in Zukunft in geeigneten Strukturprogrammen konsequent weiter verfolgt.

Das Ziel ist klar, die Weichen sind gestellt:

Wir haben ein wachstumskräftiges Industriegebiet geschaffen - wir werden das Saarland auch zu einem leistungsfähigen Dienstleistungszentrum im Herzen Europas weiterentwickeln. Damit wurden qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen und so wird eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung der Strukturpolitik in den vor uns liegenden Jahren erfüllt.

## 3. Soziale Ordnung

Sichere Arbeitsplätze und ein stetig steigender Wohlstand in einer stabilen Wirtschaft sind die wichtigsten Voraussetzungen für wachsende soziale Gerechtigkeit. Diese Ziele werden auch in Zukunft nur in einer Gesellschaftsordnung erreicht werden, die auf das Zusammenwirken frei entscheidender Menschen begründet ist. Deswegen bekennen wir uns zu der sozialen Marktwirtschaft, mit der Ludwig ERHARD unseren beispielhaften wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichte.

Die marktwirtschaftliche Ordnung ist für die CDU Saar jedoch kein Selbstzweck. Sie ist ein Mittel zur Verwirklichung unserer Vorstellungen von einer gerechten sozialen Ordnung. In dieser sozialen Ordnung wird die freie, eigenverantwortliche Entscheidung des Einzelnen mit der sozialen Verantwortung in der Gemeinschaft verbunden.

Diese soziale Ordnung haben wir in den vergangenen 15 Jahren durch eine klare Sozialpolitik bereits beispielhaft ausgebaut. Die CDU-Landesregierung weist in einem Landessozialplan die Gesamtheit aller Maßnahmen aus, die zur Sicherung unserer sozialen Odnung ergriffen worden sind.

### 3. 1. Soziales Handeln

Die CDU Saar wird diese soziale Politik mit Nachdruck fortsetzen. Dabei sieht sie das Ziel nicht in einem gleichmachenden Wohlfahrtsstaat, der eigene Initiativen und persönliche Leistungsbereitschaft in Frage stellt. Unser Ziel ist es, die Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft abzubauen und die Solidarität mit den Schwachen und Benachteiligten zu verstärken: Eine erfolgreiche Sozialpolitik im Sinne einer modernen Gesellschaftspolitik ist für uns ein vorrangiges Ziel.

Der Landessozialplan wird die konkreten Maßnahmen aufzeichnen, die wir in den nächsten Jahren für die Verwirklichung dieser Zielsetzung ergreifen werden. Dieser Plan weist nach, daß die soziale Absicherung alle Teilabschnitte des menschlichen Lebens umfaßt: Sie bezieht sich auf die Fürsorge für unsere Familien in gleicher Weise wie auf die Situation des arbeitenden Menschen.

Vier Beispiele sollen diese Sozialverpflichtung unseres politischen Handelns belegen:



1. Unsere soziale Ordnung gründet sich auf intakte Familien. Die CDU Saar wird deswegen für den Abbau der sozialen Ungerechtigkeit kämpfen, durch die unsere Familien Tag für Tag benachteiligt werden.
Bereits in der Vergangenheit haben wir nicht nur gefordert, sondern selbst gehandelt:
Wir haben als erstes Flächenland ein Familiengründungsdarlehen geschaffen - wir haben für Kinder- und Familienferien mustergültige Unterstützungen gewährt - wir haben unsere familienpolitischen Maßnahmen in einem Ministerium zusammengefaßt.

Unsere Forderungen gehen jedoch darüber hinaus. Sie umfassen:

- Einen Familienlastenausgleich mit einem Erziehungsgeld und einer Dynamisierung der staatlichen Leistungen auch in diesem Bereich.
- Familiengerechte Wohnungen und eine Siedlungsplanung, die auch den Kindern den erforderlichen Raum für eine ungestörte Entwicklung gibt.
- Ein weiterer Ausbau der Ehe-, Familien- und Lebensberatung.
- Den Bau von Service-Häusern.
- Rasche Entwicklung unserer Sozialstationen, die vorbildlich für die Bundesrepublik Deutschland sind.

Diese Maßnahmen werden immer deutlicher beweisen:
Unser Land ist wahrhaft familienfreundlich. Sie sind gleichzeitig eine notwendige Bedingung dafür, daß wir auch eine wirksame Politik für das Kind verwirklichen können.

Neben Familie und Schule kommt der Jugendpolitik vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Struktur unserer modernen Gesellschaft zunehmende Bedeutung zu, um den Jugendlichen zu einem kritischen und engagierten Staatsbürger zu formen.
Diese Politik soll ergänzend zur Familien- und Bildungspolitik soziale Benachteiligungen abbauen und damit einen konkreten Beitrag zur Chancengerechtigkeit liefern.
Auf der Grundlage einer zielorientierten Landesjugendplanung werden wir zusammen mit den freien Trägern eine moderne Jugendarbeit stufenweise verwirklichen.

Wir haben ferner ein Spielplatzgesetz geschaffen und ein Angebot an vorschulischen Einrichtungen, das uns eine Spitzenposition in der ganzen Bundesrepublik einräumt.
Sehr bald wird jedes saarländische Kind einen Kindergartenplatz finden können.

2. Die soziale Verantwortung der Gemeinschaft gilt in besonderem Maße im Hinblick auf die alten Menschen, die Behinderten und Kranken. Die Hilfe für die alten Menschen steht für uns unter dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Dieses Prinzip hat im Landesaltenplan seinen Niederschlag gefunden, den die CDU-Landesregierung erstellt hat und der zügig verwirklicht wird. Dabei werden wir auch in Zukunft besonders bemüht sein, die offene Altenhilfe weiter zu verbessern. Denn so wird es auch unseren älteren Mitbürgern möglich, ihren Lebensabend nach ihren eigenen Vorstellungen und in ihrer gewohnten Umgebung zu gestalten. Die Versorgung mit häuslichen und pflegerischen Diensten, die Erhaltung der Gesundheit und der Aktivität im Alter durch die Gewährung von Erholungsmaßnahmen dienen dieser Zielsetzung.

Die besondere Sorge der CDU Saar gilt der Eingliederung körperlich und geistig behinderter Menschen. Wir werden alle Möglichkeiten einer fortschrittlichen Behandlung und Rehabilitation im medizinischen wie im beruflichen Bereich für die Behinderten voll ausschöpfen. Diesem Ziel dient unser Sonderschulentwicklungsplan. Eine zentrale Ausbildungsstätte für jugendliche Behinderte (Berufsbildungswerk) ist in Vorbereitung. Wir werden uns dafür einsetzen, daß eine Meldepflicht für behinderte Kinder gesetzlich eingeführt wird.

Wir werden den Landesrehabilitationsplan den Entwicklungen ständig anpassen. Er wird gemeinsam mit den sozialen Leistungsträgern und den Behindertenverbänden planmäßig verwirklicht.

Ihre besondere Aufmerksamkeit richtet die CDU Saar auf die ungefähr 20.000 Angehörigen unserer behinderten Mitbürger. Ihre schwere menschliche Belastung muß durch besondere Hilfen erleichtert werden.

In der Gesundheitspolitik hat unser Land dank des Einsatzes der CDU Saar in vielen Bereichen einen Spitzenplatz. Wir werden diesen Erfolg in Zukunft weiter ausbauen, da wir wissen, daß unsere Menschen Anspruch auf die besten Einrichtungen zur Bewahrung und Wiederherstellung ihrer Gesundheit haben.

Unsere besondere Sorge gilt der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Dabei wenden wir uns mit Nachdruck gegen jegliche Sozialisierung des Gesundheitswesens, wie wir auch die freie Arztwahl als wesentlichen Bestandteil unserer Gesundheitspolitik ansehen. Wir streben die Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Herz- und Kreislaufkrankheiten an.



3. Die soziale Sicherung der Arbeitnehmer muß weiter verbessert werden. Die CDU Saar wird dafür sorgen, daß die saarländische Landesregierung ihr Gewicht im Bundesrat dazu nutzen wird, damit die bestehenden Lücken gezielt beseitigt werden.

Eine dieser Lücken betrifft die Lage der älteren Arbeitnehmer.
Bei unseren Bemühungen zu einer Humanisierung der Arbeitswelt werden wir uns diesen besonderen Schwierigkeiten unserer älteren Arbeitnehmer mit Vorrang annehmen.
Das bezieht sich vor allem auf neue Lösungen für den Kündigungsschutz, aber auch auf die Ermöglichung von Umschulungsmaßnahmen und die Verbesserung der ärztlichen Versorgung wie der Verlängerung des Erholungsurlaubs. Nicht zuletzt werden wir aber auch überprüfen, inwieweit eine Verpflichtung zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer erreichbar ist.

Nicht zuletzt sehen wir auch in einer sinnvollen Vermögensbildung, die diesen unseren Grundsätzen entspricht, einen wichtigen Beitrag zur sozialen Sicherung.

Bei der Erarbeitung konkreter Lösungen für die soziale Sicherung der Arbeitnehmer werden wir uns von den Grundsätzen unserer Politik leiten lassen:
Die soziale Sicherung darf nicht zur Beeinträchtigung des Leistungsprinzips führen.
Sie darf nicht die grundsätzliche Eigenverantwortlichkeit des Menschen in Frage stellen.
Sie darf uns nicht den totalen Versorgungsstaat bescheren.

Freiheit und Selbstverantwortung der Person bedeuten auch Freiheit zur Leistung und Mitverantwortung. Dabei darf jedoch nicht eine Überbewertung ökonomischer Leistungsfähigkeit zur Diskriminierung weniger leistungsfähiger Menschen führen.

4. Die soziale Marktwirtschaft erfordert einen gesunden Mittelstand. Ein ausgewogenes Verhältnis von großen, mittleren und vielen kleinen Unternehmen sowie Selbständiger ist daher unerläßlich.
In Handel und Handwerk, im Bereich der Dienstleistungen, in der Landwirtschaft und in vielen Bereichen der Industrie müssen Leistungskraft, unternehmerische Initiative und Bereitschaft zum Risiko des Mittelstandes nicht nur erhalten, sondern gefördert werden. Nur so wird ein vielseitiges und dichtes Netz in Handel und Handwerk gesichert und damit dem Interesse aller Verbraucher auf Dauer am besten gedient.

Der Mittelstand wird besonders hart von den verheerenden Folgen der unverantwortlichen Inflationspolitik getroffen.

Dazu kommt eine Steuerpolitik der SPD-FDP-Koalition, die offenbar nicht ohne Absicht geradezu als Bestrafung von höherer Leistung wirkt, deren letzte Konsequenz allein durch den entschlossenen Einsatz der CDU/CSU-Mitglieder im Bundesrat verhindert werden konnte. Der Leistungsanreiz muß erhalten bleiben, damit auch unsere jungen Menschen in der Gründung ihrer selbständigen Existenzen ein sinnvolles Ziel sehen können. Unsere mittelständischen Unternehmen werden durch diese Steuerpolitik nicht ermutigt sondern entmutigt.

Zinsbelastungen, Verteufelung des Unternehmers und undurchdachte Ausbildungsvorschriften sollen nach sozialistischem Rezept den Mut zum unternehmerischen Risiko und die Bereitschaft zur Selbständigkeit untergraben.

Die CDU Saar wird sich dieser erkennbaren Absicht, die bewährte soziale Marktwirtschaft auf kaltem Wege sozialistisch umzuformen, mit aller Kraft widersetzen.

Kleinere und mittlere Unternehmen in Handel, Handwerk und Dienstleistungen sind für den weiteren Aufschwung der Saarwirtschaft dringend erforderlich.

Die CDU Saar wird mit Nachdruck dafür eintreten, das von der CDU-Landesregierung erstellte Programm zur Förderung und Sicherung des gewerblichen Mittelstandes zu verwirklichen.

## 3.2. Sicherung der sozialen Ordnung

Unsere auf Freiheit und soziale Verantwortung aufbauende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung muß von uns dynamisch weiterentwickelt werden. Der gezielte, organische Abbau vorhandener Schwächen unserer Ordnung ist die wirksamste Maßnahme gegen alle Bestrebungen, die unsere freiheitlich-soziale Ordnung und unsere Demokratie radikal überwinden wollen.

Die Sicherung unserer Gesellschaftsordnung verlangt, daß wir Recht und Gesetz gegen jedermann uneingeschränkt durchsetzen. Wir würden unsere eigenen geschichtlichen Erfahrungen verleugnen, wenn wir Toleranz mit mangelnder Wachsamkeit und Milde mit Ängstlichkeit verwechseln würden. Die CDU Saar wird die Einrichtungen weiterentwickeln, die für die Sicherheit unserer Bürger erforderlich sind.



Dieser Zielsetzung entsprechen die Maßnahmen, die wir im Rahmen des Ausbaus des saarländischen Rettungsdienstes bereits eingeleitet haben. Wir werden darüberhinaus die Ausbildung unserer Polizei systematisch verbessern und dafür Sorge tragen, daß auch in den ländlichen Gebieten den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen unserer Mitbürger entsprochen wird.

Die Sicherung unserer sozialen Ordnung verlangt aber auch, daß wir ihre Grundsätze ernst nehmen und der Versuchung widerstehen, kurzfristige Vorteile mit langfristigen Schäden zu erkämpfen. So kann die soziale Marktwirtschaft nur dann die grossen Vorteile für Verbraucher und Produzenten sichern, wenn wir einen funktionsfähigen Wettbewerb verwirklichen und Wettbewerbsbeschränkungen verhindern.

## 3.3. Gleichberechtigung von Mann und Frau

Die CDU Saar will die Garantie des Grundgesetzes auf Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht nur formal, sondern in ihrem sozialen Sinn verwirklichen. Das setzt vor allem voraus, daß die Leistungen der Frau als Hausfrau und Mutter durch eine bessere soziale und materielle Bewertung anerkannt werden. Für die CDU Saar steht der Beruf der Hausfrau gleichwertig neben anderen Berufen. Das bedeutet für uns, daß den Hausfrauen die gleichen sozialen Sicherungen garantiert werden, so z.B. in der Altersversorgung.

Den Frauen, die berufstätig sein wollen, werden wir durch unsere Strukturpolitik geeignete Arbeitsplätze schafffen. Die Benachteiligung, die den Frauen aus der traditionellen Orientierung der Arbeitswelt auf den Mann hin erwachsen, müssen abgebaut werden.

Nicht jeder Arbeitsplatz ist für Frauen geeignet. Berechtigte Wünsche nach Teilzeitarbeit und beweglicher Gestaltung der Arbeitszeit, nach einem dem Wohnort möglichst nahe gelegenen Arbeitsplatz und nach Berücksichtigung der besonderen Eignung, Neigung und Fähigkeit von Frauen, zumal auch mit Rücksicht auf Familie und Kindererziehung, sind dabei zu berücksichtigen. Dabei kommt dem öffentlichen Dienst eine besondere Bedeutung zu.

Die CDU Saar unterstreicht:

Wirtschaftliches Wachstum ist für uns der sozialen Verpflichtung untergeordnet.

Sozialer Fortschritt kann aber nur auf der Grundlage wirtschaftlicher Stabilität verwirklicht werden. Nicht revolutionäre Veränderungen führen zu mehr Gerechtigkeit, sondern die stetige Verbesserung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

## 4. Arbeitswelt und Umwelt

Materielle Wohlstandssteigerung war für die CDU Saar niemals Selbstzweck, sondern stets Mittel zum Zweck größerer sozialer Gerechtigkeit und wachsender persönlicher Freiheit. Gerade weil unter Führung der CDU in unserem Vaterland das Wirtschaftswunder erarbeitet wurde, können wir heute glaubwürdig feststellen:

Die CDU Saar wird wirtschaftliches Wachstum nur insoweit als Fortschritt akzeptieren, als dadurch

- die Verteilung von Einkommen und Vermögen gerechter erfolgen kann,
- ein Beitrag zu einer menschlicheren Gestaltung der Arbeitswelt geleistet wird,
- die Belastungen unserer Umwelt nicht erhöht werden.

Die "Grenzen des Wachstums" werden immer besorgter beschworen. Wir müssen uns auf unsere eigenen Möglichkeiten zurückbesinnen.

Wir haben erkannt: Mit wachsendem Wohlstand sind die Wachstumsraten des Sozialproduktes für sich allein ein untauglicher Maßstab für die weitere Verbesserung unseres Wohlergehens geworden.

Die CDU Saar ist nach wie vor der Ansicht, daß wirtschaftlicher Wohlstand nur eine der notwendigen Voraussetzungen für die Entfaltung der Persönlichkeit ist. Sie sieht in der Ergänzung des materiellen Wohlstandes durch soziale Infrastruktur die notwendige Bedingung für eine umfassende Erfüllung der menschlichen Lebensansprüche. Diesem umfassenden Ziel fühlt sie sich auch in Zukunft verpflichtet.

### 4.1. Gestaltung einer humanen Arbeitswelt

Die Grenzen des Wachstums werden oft nur mit den Schwierigkeiten der Energie- und Rohstoffversorgung und mit den Gefährdungen unserer Umwelt begründet.

Die CDU Saar ist sich bewußt:

Die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums sind zuerst dort zu ziehen, wo der Mensch am Arbeitsplatz dem wirtschaftlichen Erfolg untergeordnet wird.



Der Mensch darf am Arbeitsplatz nicht zu einem leistenden Automaten verkümmern, sondern muß als soziales Wesen respektiert und als eigenständige Persönlichkeit gefordert werden.

Die CDU Saar bejaht die Notwendigkeit von Produktivitätssteigerung, von technischem Fortschritt und betrieblicher Rationalisierung. Inhumane Folgen dieser Entwicklung müssen aber verhindert werden.

Die CDU Saar hat durch die Tat bewiesen, daß diese Forderung für sie mehr ist als ein modischer Trend.
Sie hat ein Personalvertretungsgesetz geschaffen, das aus einem großen Vertrauen in die Bereitschaft zur Gemeinsamkeit und Verantwortlichkeit der arbeitenden Menschen heraus beispielhafte Lösungen für die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst durchgesetzt hat.

Die CDU Saar wird ihren Weg konsequent weiterverfolgen:

- Durch eine Mitbestimmung in der Wirtschaft, die der Verantwortung am Arbeitsplatz Rechnung trägt. Sie ist der Überzeugung, daß nur eine solche Form der Mitbestimmung akzeptiert werden kann, die den arbeitenden Menschen als Persönlichkeit berücksichtigt und ihn vor jeder Fremdbestimmung schützt.
- Durch einen wirksamen und umfassenden Schutz am Arbeitsplatz. Dafür wird sie Maßnahmen ergreifen, die von der Arbeitsmedizin bis zu einer Intensivierung der arbeitswissenschaftlichen Forschungen reichen.
- Durch eine verstärkte Kontrolle der Arbeitsplatzgestaltung in den Betrieben.

Das wirtschaftliche Wachstum hat allein dem Menschen zu dienen - die CDU Saar wird dafür Sorge tragen, daß die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft in dem Rahmen eingespannt bleibt, der aus der Würde des Menschen gebildet wird.

### 4.2. Die lebenswerte Umwelt

Sichere Einkommen und soziale Geborgenheit sind Voraussetzungen für die Entfaltung der Persönlichkeit und für ein lebenswertes Leben. Verstärkte Rationalisierung und Automation ermöglichen es, den wachsenden materiellen Wohlstand mit zunehmender Freizeit zu verbinden. Im Vergleich zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Väter und Großväter hat sich das Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit tiefgreifend verändert; diese Entwicklung wird in Zukunft weiter fortschreiten.

Die zunehmende Freizeit als persönliche Verfügungszeit stellt eine Chance für unsere Bürger dar. Sie soll und darf nicht staatlich verplant werden. Aber private Initiativen, Gemeinden, Kreise und Land müssen den Menschen in ihrer Umgebung attraktive Angebote zur sinnvollen Gestaltung der Freizeit schaffen.

Die landschaftlichen Schönheiten unserer Saarheimat, ihre Wälder und Weiher, der saarländische Hochwald, die reizvollen Landschaften an Saar und Blies, an Nied und Prims bieten viele Möglichkeiten zu sinnvoller Entspannung.

Sie werden harmonisch ergänzt durch die eindrucksvollen Spuren, die im Verlauf der europäischen Geschichte unser Land geprägt haben.

Die großartigen natürlichen Gegebenheiten unserer Heimat wurden durch gezielte Maßnahmen für die Freizeitgestaltung genutzt bzw. ergänzt. Wasserflächen wurden geschaffen, Naherholungsräume gesichert und mit einer Vielzahl unterschiedlicher Einrichtungen ausgestattet. Hallen- und Freibäder, Spiel- und Sportstätten, Reiterzentren und Minigolfplätze, Sanatorien und "Urlaub-auf-dem-Bauernhof", Trimm-Dich-Pfade und Tennisplätze sind Beispiele dieser Gestaltung.

## Erfolge einer ausgewogenen Umweltpolitik im Saarland

Die Fachleute haben es nachgewiesen - immer mehr Menschen ist es endlich bewußt geworden:

Wir programmieren unseren eigenen Selbstmord, wenn wir Natur und Umwelt weiterhin als Mülleimer mißbrauchen. Wie in jedem industriellen Ballungsraum in Ost und West treten die umweltpolitischen Ziele auch im Saarland an die Spitze des politischen Handelns.

Die CDU-Landesregierung hat diese Gefahren frühzeitig erkannt und energisch gehandelt:

- Sie entwirft ein Umweltprogramm mit einem breiten Maßnahmenfächer. Damit werden die Voraussetzungen für die Überschaubarkeit unserer Umweltpolitik und deren jährliche Erfolgskontrolle geschaffen.
- Sie hat durch klare Auflagen die Industrie zu weitreichenden Investitionen für den Umweltschutz veranlaßt. So konnten z. B. die Staubbelastungen entscheidend verringert werden.



- Sie hat in sorgfältiger, wissenschaftlich-technisch abgesicherter Grundlagenarbeit einen Abfallbeseitigungsplan aufgestellt. Danach werden die 600 wilden und ungeordneten Müllkippen, die heute noch bestehen, durch 9 zentrale Abfallbeseitigungsanlagen ersetzt.

Diese Erfahrungen und Erfolge im Umweltschutz ermöglichen auch in Zukunft ein rationales Planen und Handeln.

Einer ausgewogenen Umweltpolitik ist eine Umwelthysterie ebenso abträglich wie die Sorglosigkeit, die uns alle sehr lange die Umwelt zum Nulltarif mißbrauchen ließ.

## Raumordnung und Umwelt

Bei der Sicherung unserer Umwelt bekennt sich die CDU Saar wiederum zu ihrer Politik aus einem Guß:

Die Menschen dieses Landes brauchen auch in Zukunft ein stetiges Wachstum unserer Wirtschaft, das unsere Umwelt nicht weiter belastet. Den Konflikt dieses Wachstums mit einer lebenswerten Umwelt werden wir überwinden: Die Politik des qualitativen Wachstums ist unsere Antwort. Sie wird den Nachweis erbringen, daß die Entwicklungs- und Anpassungskräfte unserer freiheitlichen Ordnung groß genug sind, um wirtschaftliches Wachstum in einer Umwelt zu ermöglichen, die für uns alle lebenswert bleibt.

Nur in einer sauberen, geordneten Umwelt sind die Wohn- und Freizeitwerte zu schaffen, von denen die Standortqualität für hochwertige Arbeitsplätze entscheidend bestimmt wird. Was dem Schutz unserer Umwelt nützt, dient auch unseren strukturpolitischen Zielen.

Die Bewältigung der Umweltgefahren erfordert keine allmächtige und allzuständige staatliche Planwirtschaft. Diese Gefahren werden von einer weiterentwickelten und konsequent verwirklichten sozialen Marktwirtschaft am besten überwunden oder vermieden. Die CDU Saar bekennt sich deswegen grundsätzlich zu einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Umweltpolitik. Diese Politik muß durch eine vorausschauende Raumordnung ergänzt werden. Denn sie darf nicht nur kurzfristige Reaktionen auf erkannte Fehlentwicklungen umfassen, sondern muß vor allem Störungen des natürlichen Gleichgewichts vorbeugend verhindern.
Durch Raumordnung und Landesplanung werden wir eine sinnvolle Zuordnung der Ansprüche erreichen, die vom menschlichen Leben an den knappen, nicht vermehrbaren Raum gestellt werden.

Raumordnung und Landesplanung sind für die CDU Saar die wichtigsten Instrumente einer vorbeugenden Umweltpolitik und einer bewußten Umweltplanung.

Sie müssen sich auch auf die Stadtplanung beziehen. Wir werden dafür arbeiten, daß unsere Städte weder an den Umweltbelastungen ersticken noch ihren hohen Wert als sozialen Lebensraum verlieren, sondern zu lebenswerten Großstadtlandschaften werden.

Die CDU Saar unterstreicht die Feststellung der Regierungserklärung vom März 1974, daß in unserer saarländischen Heimat die "Unwirtlichkeit der Städte" vermieden wird.

Dazu wird sie sinnvolle Weiterentwicklungen des Bodenrechts fördern.

Wir werden durch weitere Raumordnungspläne die Umweltansprüche sichern, die nicht automatisch durch das freie Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte verwirklicht werden.

Weitere Grundsätze unserer Umweltpolitik

Neben der Raumordnung stützt die CDU Saar ihre Umweltpolitik auf die folgenden weiteren Grundsätze.
Staatliche Gebote und Verbote sind keine Allheilmittel. Die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien werden wir mit Nachdruck unterstützen. Die Umwelt und ihre Gefährdungen müssen als gleichberechtigte Größen in die Kalkulation von Wirtschaft, Staat und Verbrauchern eingehen.

- Das Verursacherprinzip ist der Grundsatz bei der Beseitigung von Umweltschäden: Die Kosten sind von denen zu übernehmen, die diese Schäden verursacht haben.
- Eine sinnvolle Wiederverwendung der Abfallstoffe ist angesichts der zunehmenden Verknappung unserer Rohstoffe dringend erforderlich. Wir dürfen im Interesse unserer Kinder und Kindeskinder keinen Raubbau mit den Rohstoffen treiben, die uns die Natur schenkt.

Unsere Umweltpolitik kann jedoch nur ihre Ziele erreichen, wenn jeder Bürger seinen unmittelbaren Beitrag leistet:
Nur ein vernünftiges Verhalten aller wird uns die Umwelt sichern, die für uns auch in Zukunft lebenswert bleibt.



5. Anforderungen an die Infrastruktur

Pulsierendes Leben in Handel, Handwerk und Industrie, wachsende Möglichkeiten für Freizeit, Naherholung und Sport - daraus erwachsen hohe Ansprüche an die Grundausstattung unseres Landes, das heißt an die Infrastruktur.

Die Standortqualität für die ansässige Wirtschaft und für die Ansiedlung neuer Unternehmen, der Wohnwert für unsere Bürger und für die Menschen, die neu in unser Land kommen, werden dadurch entscheidend bestimmt. Auch hier läßt unsere Realplanung neue Aufgaben sichtbar werden, deren Lösung die erreichten Erfolge sichern und ausbauen werden.

Zwei Beispiele zur Verdeutlichung:
Der Personen- und Güterverkehr wird weiter zunehmen.

Diese Mobilität stellt hohe Anforderungen an den Nah- und Fernverkehr. Neue Verkehrssysteme müssen auf ihre Eignung für die Lösung der saarländischen Verkehrsaufgaben geprüft werden, die Verbindungen zu den anderen europäischen Kernregionen noch schneller gemacht werden.

Im Nahverkehr werden wir einen wirkungsvollen Verkehrsverbund aller Verkehrsträger anstreben. Damit wird das Verkehrsangebot an unsere Bürger wesentlich verbessert und gleichzeitig eine Voraussetzung für eine wirtschaftliche Lösung geschaffen.

Die CDU Saar wird ihre Vorstellungen von einer umweltfreundlichen und leistungsfähigen Bewältigung des Nahverkehrs in einer geschlossenen Konzeption vorlegen.

Das Saarland hat in den 15 Jahren seiner Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland wesentliche Erfolge bei der Beseitigung der Lücken in seiner Verkehrsinfrastruktur erzielt:
Die jahrzehntelange Vernachlässigung der Infrastruktur in einem Grenzraum ist entscheidend abgebaut worden. So nimmt das Saarland bei der Dichte des überörtlichen Straßennetzes bereits den zehnten Rang unter den 38 Gebietseinheiten ein, die im Bundesraumordnungsprogramm erfaßt werden. Unter Berücksichtigung des weiteren Ausbaus, etwa bei der A 8 oder der A 620, und nach der Freigabe der Autobahn A 1 wird sich dieser Rang auch bei den Bundesautobahnen noch wesentlich verbessern. Unser Ziel ist es nicht, das Saarland in eine Wüste aus Beton und Asphalt zu verwandeln. Die Politik des qualitativen Wachstums zeigt uns vielmehr den optimalen Kompromiß: Wir werden unser Straßennetz so ausbauen, daß die Vorzüge, die uns die Natur gegeben hat, erhalten bleiben, ohne daß die

von der Bevölkerung und der Wirtschaft geforderten Ansprüche an eine gesteigerte Mobilität unerfüllt bleiben. Dem gleichen Ziel dienen alle die Anstrengungen, die wir zum Ausbau eines attraktiven Flugverkehrs ergriffen haben.

Noch bessere infrastrukturelle Ausstattungen hat das Saarland im Bereich der Abwasserbeseitigung erreicht: Bei der öffentlichen Sammelkanalisation steht das Saarland nach Berlin an zweiter Stelle aller Gebietseinheiten. Dabei übersehen wir nicht, daß wir noch große Aufgaben beim Bau von Kläranlagen zu bewältigen haben. Aber auch hierbei sind bereits konkrete Maßnahmen zu einer vorbildlichen Lösung eingeleitet worden. Allein 1974 standen 54 Mio DM dafür zur Verfügung.

Für die Entwicklung unseres Landes werden die infrastrukturellen Bereiche zunehmend an Bedeutung gewinnen, die den Wohn- und Freizeitwert bestimmen. In diesen Bereichen hat die CDU-Landesregierung bisher große Erfolge aufzuweisen. So sind im Bereich des Sportstättenbaus beispielhafte Wege gegangen worden: In enger Koordination von Land und Gemeinden, von Vereinen und Saar-Toto ist planvoll ein dichtes Netz von Sportstätten aller Art errichtet worden. Dabei wurde sichergestellt, daß nicht nur der Leistungssport gefördert wird, sondern daß die räumlichen Voraussetzungen auch und gerade für den Schulsport gezielt verbessert wurden. Die CDU Saar wird diesen Weg konsequent fortsetzen. Denn sie weiß, daß der hohe Wert sportlicher Ertüchtigung für die geistige und körperliche Gesundheit unserer Menschen nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Sie ist sich bewußt, daß die Tätigkeit unserer saarländischen Vereine mit ihrer Vielzahl ehrenamtlicher Helfer eine unverzichtbare Voraussetzung zur Verwirklichung dieser Ziele darstellt. Diese Tätigkeit der Vereine wird sie mit allen Kräften unterstützen.



## 6. Saarland - europäische Kernregion

Die weitere Entwicklung unseres Landes wird entscheidend begünstigt durch Existenz und Wachstum eines stabilen Europas. So können wir unseren erfolgreichen Weg fortsetzen und die Beeinträchtigung für das Leben der Menschen durch die Grenzen endgültig abbauen: Kultur und Wirtschaft, Infrastruktur und Umweltschutz müssen im Wirtschaftsdreieck Saar-Lor-Lux mehr und mehr als gemeinsame Aufgabe verstanden werden.
Nicht die Konkurrenz, sondern die Kooperation über die Grenzen hinweg bringt die größten Vorteile für alle. Die CDU Saar bekennt sich zu der besonderen Mittlerrolle, die unserem Bundesland für eine dauerhafte Aussöhnung in Europa zukommt. Sie unterstützt alle Bemühungen zur Schaffung eines Vereinigten Europas auf demokratischer Grundlage.

Die wirtschaftlichen Zwänge erfordern ein gemeinsames Handeln. Kein Bundesland hat eine auch nur annähernd so große Exportquote nach Frankreich wie das Saarland; nirgends sind daher auch die Sicherheit der Arbeitsplätze und das Wachstum der Wirtschaft so stark von einem ungestörten Austausch mit den Nachbarn abhängig.

Gegenwärtig finden über 12.000 Menschen aus Lothringen und dem Elsaß ihre Arbeitsplätze in unserem Land. Viele französische Unternehmen in Industrie und Handel haben sich in unserem Lande niedergelassen.

Unsere beispielhaften Einrichtungen einer kulturellen Zusammenarbeit mit Frankreich werden wir weiter ausbauen. Das deutsch-französische Gymnasium und das Centre d'Etudes Juridiques Françaises an der Saaruniversität belegen beispielhaft: Unser Saarland ist ein Modell für kulturelle Gemeinsamkeit in europäischen Grenzräumen.

Auch in Zukunft wird die CDU Saar alle Anstrengungen unternehmen, um durch ein gemeinsames Planen und Entscheiden über die Grenzen hinweg die Wachstums- und Entwicklungsimpulse voll zu nutzen, die aus der europäischen Kernlage unseres Landes erwachsen. Solche Planungen können jedoch nur vor dem Hintergrund einer überzeugenden Europapolitik erfolgreich sein.

## Der sichere Weg vom Plan zur Wirklichkeit

So verwirklichen wir unsere gemeinsame Zukunft! Jeder in diesem Lande weiß es, denn er sieht es jeden Tag neu bestätigt:

Wir Saarländer haben unser Land vorwärts gebracht - wir haben vollen Anschluß an die Entwicklungsdynamik der Bundesrepublik Deutschland gefunden - wir haben das schwere Schicksal eines umkämpften und vernachlässigten Grenzraumes gemeistert.

Dank dieser Erfolge können wir in den nächsten Jahren den Blick nach vorn richten: Das Fundament ist sicher und solide; wir können voller Zuversicht in das nächste Jahrzehnt gehen. Wir werden unsere Vorstellung von einem attraktiven Saarland verwirklichen können.

Unsere Realplanung ist kein Wunschbild, sie ist die konsequente Fortführung des Erfolgsweges, den wir in den vergangenen Jahren unter Führung der CDU Saar zum Wohle aller Menschen in diesem Lande zurückgelegt haben.

Die Herausforderungen der Zukunft sind groß. Ihre Bewältigung wird die gleiche konzentrierte und zielstrebige Arbeit verlangen, mit der wir die Schwierigkeiten der Vergangenheit überwunden haben. Die Stetigkeit unserer Politik für das Saarland erfordert es:

Unser Saarland muß auch in Zukunft ein eigenständiges Bundesland bleiben!

Die Notwendigkeit eines Bundeslandes Saarland ist nicht nur durch das gemeinsame Schicksal in der Vergangenheit begründet, das die Menschen dieses Raumes zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt hat. Diese organisch gewachsene Verbundenheit der Menschen war eine wesentliche Kraftquelle für die bis heute erreichten großen Erfolge. Sie bringen die Tatsache zum Ausdruck, daß die gemeinsamen, ureigenen Aufgaben für die Gestaltung unserer Heimat nur dann zu lösen sind, wenn sie mit einer eigenen gewichtigen politischen Stimme vertreten werden.

Das Bundesland Saarland hat in schweren Zeiten seine Bewährungsprobe großartig bestanden - wir brauchen es auch für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben!

Die CDU Saar wird für dieses Bundesland kämpfen. Zum Nutzen der Menschen in diesem Land. Zum Wohle der föderativen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Die CDU Saar hat ein klares Programm.
Sie hat die erfahrene Mannschaft, um es zu verwirklichen.

Wer sicher gehen will, vertraut dem, der den sicheren Weg kennt.



## III Problemkatalog

ABFALLBESEITIGUNG
AGRARPOLITIK
ALTE MENSCHEN
ÄLTERE ARBEITNEHMER
ALTERSSICHERUNG
ARBEITSPLÄTZE
AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER

Beamtenrecht (ÖFFENTLICHER DIENST)
BAUWIRTSCHAFT
BEHINDERTE
Beratungsstellen für Familien (FAMILIE)
BERUFSBILDUNG
Berufstätige Mütter (FRAUEN)
Beteiligungslohn (VERMÖGENSBILDUNG)
BEWÄHRUNGSHILFE
BILDUNGSBERATUNG
BILDUNGSPOLITIK
BODENRECHT
BUNDESRAT
BUNDESWEHR

CHANCENGERECHTIGKEIT

Deponien (ABFALLBESEITIGUNG)
Drogensucht (RAUSCHGIFTKRIMINALITÄT)
EIGENTUM
Einzelhandel (MITTELSTAND)
ELTERNRECHT
Ertragsbeteiligung (VERMÖGENSBILDUNG)
ERWACHSENENBILDUNG
Erziehungsgeld (FAMILIE, FRAUEN)

FAMILIE
Flurbereinigung (AGRARPOLITIK)
Föderalismus (BUNDESRAT)
FRAUEN
FREIZEIT
Funktionalreform (VERWALTUNG)

Gebiets- und Verwaltungsreform (KOMMUNALPOLITIK)
GESUNDHEIT
Gewinnbeteiligung (VERMÖGENSBILDUNG)

HANDWERK
Hausfrau (FRAUEN)
HUMANISIERUNG DER ARBEITSWELT

Immissionsschutz (UMWELTORDNUNG)
INFORMATION
INFRASTRUKTUR, SOZIALE
Invalidität (BEHINDERTE)

JUGEND

KINDER
Kindergärten (VORSCHULISCHE ERZIEHUNG)
KINDERGELD
Kindertagesstätten (FRAUEN)
KOMMUNALPOLITIK
KRANKENHÄUSER
Kriminalität (SICHERHEIT, INNERE)
KULTUR- UND KUNSTPFLEGE

LÄNDERNEUGLIEDERUNG
Lärmbekämpfung (UMWELTORDNUNG)
LANDESSOZIALPLAN



Landwirtschaft (AGRARPOLITIK)
LEISTUNGSPRINZIP
LUFTVERKEHR
Luftverschmutzung (UMWELTORDNUNG)

MARKTWIRTSCHAFT, SOZIALE
MITBESTIMMUNG
MITBESTIMMUNG IN DER SCHULE
MITTELSTAND

Naherholung (FREIZEIT)
NAHVERKEHR

ÖFFENTLICHER DIENST
ORIENTIERUNGSSTUFE

Personalvertretungsrecht (ÖFFENTLICHER DIENST)
Presserecht (INFORMATION)

RAUMORDNUNG
RAUSCHGIFTKRIMINALITÄT
RECHTSBERATUNG FÜR BÜRGER MIT GERINGEM EINKOMMEN
RECHTSPFLEGE
Rehabilitation (BEHINDERTE)
RETTUNGSDIENST

SCHULREGION
SERVICE-HAUS
SICHERHEIT
- INNERE
- IM STRASSENVERKEHR
- soziale (ALTERSSICHERUNG, SOZIALE DIENSTE)

SOZIALE DIENSTE
Sozialstationen (SOZIALE DIENSTE)
SPORT, SPORTFÖRDERUNG
STEUERREFORM

Tagesmütter (FRAUEN
Teilzeitarbeit (FRAUEN)

UMWELTORDNUNG
UNTERNEHMENSRECHT

VERBRAUCHERSCHUTZ
Verbrechensbekämpfung (SICHERHEIT, INNERE)
VERMÖGENSBILDUNG
Verursacherprinzip (UMWELTORDNUNG)
VERWALTUNG
VORSCHULISCHE ERZIEHUNG

Wasserverschmutzung (UMWELTORDNUNG)
WETTBEWERB
WOHNEN



Abfallbeseitigung

Am 20. Juni 1973 wurde das saarländische Ausführungsgesetz zum (Bundes) Abfallbeseitigungsgesetz erlassen. Es bestimmt wegen der notwendigen überörtlichen Maßnahmen und Planungen für eine geordnete Abfallbeseitigung die Landkreise und kreisfreien Städte zu beseitigungspflichtigen Körperschaften. Noch vor Ende des Jahres 1973 haben sich daraufhin die Landkreise und die Stadt Saarbrücken zum Abfallbeseitigungsverband Saar zusammengeschlossen; eine einheitliche Gebührenregelung wird angestrebt. Das Saarland ist damit, abgesehen von den Stadtstaaten, das einzige Bundesland, in dem es nur noch eine für das gesamte Land zuständige Körperschaft für die Abfallbeseitigung gibt. Diese zentrale Trägerschaft hat den Vorteil, daß Standorte für Abfallbeseitigungsanlagen jetzt nicht mehr nach lokalen oder regionalen Interessen, sondern allein unter dem Gesichtspunkt der geringsten Umweltbelastung ausgewählt werden.

Wir haben also eine solide Ausgangsbasis für unsere künftigen Maßnahmen. Wir fordern:

- Sofortige Schließung und Rekultivierung "wilder Deponien"
- Ausbau von leistungsfähigen, geordneten Deponien; Berücksichtigung des steigenden Bedarfs
- Bau einer Schredderanlage zur Beseitigung von Sperrmüll und zur Wiederverwendung wertvollen Schrotts (Recycling)
- Vollständige Erfassung und stärkere Kontrollen bei Giftmüll (Meldepflicht der Betriebe)
- Bau einer zentralen Abfallkompostierungsanlage (vorgesehen: Raum Saarlouis)

Schließlich müssen alle aussichtsreichen Verfahren zur Wiederverwendung bzw. Aufbereitung von Industrie- und Haushaltsabfällen sorgfältig geprüft und wirksam gefördert werden. So wird z. Zt. ein Verfahren entwickelt, mit dessen Hilfe ohne Luftverunreinigung und Wasserverschmutzung nahezu alle im Abfall enthaltenen Rohstoffe wiedergewonnen oder einer nützlichen Wiederverwendung zugeführt werden können. Das von der CDU-Landesregierung neugeschaffene Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen hat sich beim Bundesminister für Forschung und Technologie energisch für eine Förderung dieses Forschungsvorhabens eingesetzt. Eine Versuchsanlage für dieses Recycling-Verfahren - die sogenannte "Müllvergasung" - soll demnächst im Saarland errichtet werden.

## Agrarpolitik

Ziel christlich-demokratischer Agrarpolitik ist die Erhaltung einer gesunden und leistungsfähigen einheimischen Landwirtschaft, um die Grundlage unserer Ernährung dauerhaft zu sichern. Die Nahrungsmittelpreise sind nur so lange im Griff zu halten, als die einheimische Landwirtschaft in der Lage ist, die Nahrungsgrundlage zu stellen und das Angebot an preiswerten Erzeugnissen aus inländischer Produktion den Markt bestimmt.

Zur Zeit wird die deutsche Landwirtschaft durch die unvollkommene Integration in die Europäische Gemeinschaft, insbesondere durch die fehlende Harmonisierung auf den Gebieten der Wirtschafts-, Währungs- und Konjunkturpolitik und die dadurch bedingten Wettbewerbsverzerrungen benachteiligt. Die Ertragslage der Landwirtschaft hat sich derart verschlechtert, daß selbst gut strukturierte Betriebe in ernsthafte Schwierigkeiten geraten und die mit erheblichen öffentlichen Mitteln erzielten Erfolge der Strukturverbesserung in der Hand zu zerrinnen drohen.

Obwohl die Agrarpolitik des Landes keinen unmittelbaren Einfluß auf diese Entwicklung hat, wird die CDU Saar alle Bestrebungen zu einer Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik mit Nachdruck unterstützen, wenn sie geeignet sind, der einheimischen Landwirtschaft einen fairen Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsbereichen und der Landwirtschaft der übrigen EG-Staaten zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt der Agrarpolitik des Landes muß auch in Zukunft die Strukturverbesserung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes stehen. Mit der Einführung der Gemeinschaftsaufgaben hat das Saarland seinen finanziellen Beitrag für die Agrarstrukturverbesserung erheblich aufgestockt. Durch Bereitstellung der erforderlichen Landesmittel ist auch in Zukunft zu gewährleisten, daß die Agrarstrukturverbesserung systematisch und kontinuierlich fortgeführt und dem Ziel der Ordnung und Weiterentwicklung des ländlichen Raumes gerecht werden kann.

Kernstück der Agrarstrukturverbesserung bleibt auch in Zukunft die Flurbereinigung. Sie kommt nicht nur der Landwirtschaft, sondern der gesamten ländlichen Bevölkerung zugute, indem sie die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes als Produktions-, Erholungs- und Freizeitlandschaft sichert.

Der Erfolg des Wandlungs- und Anpassungsprozesses der Landwirtschaft wird entscheidend durch die geistige Mobilität der Betroffenen bestimmt. Einer guten Ausbildung der in der Landwirtschaft Tätigen kommt daher größere Bedeutung zu.
Die CDU Saar bekennt sich zu einer leistungsfähigen landwirtschaftlichen Selbstverwaltung.



Neben der Sicherung der Nahrungsgrundlage gewinnen die Qualität der erzeugten Nahrungsmittel und die Pflege und Erhaltung des Naturhaushaltes zunehmend Bedeutung.

Gerade in einem industriellen Ballungsgebiet stellt die Bevölkerung wachsende Ansprüche an eine gepflegte und abwechslungsreich gestaltete Landschaft als Erholungsraum.

Daher ist alles zu tun, um die für die Erhaltung und Verbesserung der Kulturlandschaft erforderliche Zahl an Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben in die Lage zu versetzen, die Landwirtschaft mit Erfolg zu betreiben und somit ihre Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen.

## Alte Menschen

Es ist nach wie vor ein besonderes Anliegen der CDU, die differenzierten Maßnahmen der Altenhilfe zielbewußt und sinnvoll weiterzuentwickeln. Dies um so mehr, als die steigende Lebenserwartung und die Veränderung der sozialen Struktur die Sorge um die ältere Generation zu einem wichtigen Anliegen der Gemeinschaft werden läßt.

Im Sinne einer vorausschauenden, zukunftsorientierten und aktiven Sozialpolitik muß daher mit einem vielfältigen und abgestuften System von materiellen, sozialen und gesundheitlichen Hilfen zur Bewältigung des Alters beigetragen und darauf hingewirkt werden, die Lebenssituation der älteren Mitbürger zu verbessern.

Alle Kräfte unserer Gesellschaft müssen mobilisiert werden, um den alten Menschen vor Vereinsamung zu schützen und ihm diejenigen Hilfen anzubieten, die seinen altersbedingten Behinderungen vorbeugen oder ihre Folgen mildern können.

Das Schwergewicht muß auf den verstärkten Ausbau der offenen Hilfen gelegt werden, so daß der ältere Mitbürger so lange wie möglich in seiner gewohnten Umgebung verbleiben kann. Das gilt vor allem für die Hilfen, die der Beratung, der Teilnahme am Leben in der Gesellschaft oder der Versorgung mit häuslichen und pflegerischen Diensten sowie der Erhaltung der Gesundheit und Aktivität im Alter durch Gewährung von Erholungsmaßnahmen dienen.

Die Errichtung und Modernisierung von Altenwohnheimen, Altenheimen und Altenkrankenheimen/Altenpflegeheimen muß der modernen Konzeption von Einrichtungen der Altenhilfe Rechnung tragen; sie sollen nach Standort und Struktur soweit wie möglich den Kontakt mit der gewohnten Umgebung sicherstellen.

Eine ausgewogene regionale Streuung dieser Einrichtungen ist anzustreben, damit alle älteren Mitbürger unseres Landes gleichermaßen Zugang zu diesen Einrichtungen in ihrem gewohnten Lebenskreis erhalten.

Der Landesaltenplan, der diese Zielvorstellungen enthält, ist der ständigen Entwicklung anzupassen.

## Ältere Arbeitnehmer

Das Problem der älteren Arbeitnehmer liegt weniger in unzureichender Versorgung als vielmehr darin, daß wir ihnen kaum noch Funktionen zukommen lassen. Es gilt deshalb Lösungen im Rahmen einer Humanisierung der Arbeitswelt für die Probleme der älteren Arbeitnehmer zu finden.

Der Gefahr, daß gerade die älteren Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit betroffen werden, soll durch einen verbesserten Kündigungsschutz vorgebeugt werden.

Für ältere Arbeitnehmer müssen daher ausreichend qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind die Möglichkeiten tarifvertraglicher Vereinbarungen und von Dienstvereinbarungen zu nutzen. Damit könnte der ältere Arbeitnehmer seine langjährige Berufserfahrung voll einsetzen und vermitteln.

Eine verbesserte ärztliche Versorgung und Verlängerung des Erholungsurlaubes sind weitere Voraussetzungen zur Humanisierung der Arbeitswelt für die älteren Arbeitnehmer.

## Alterssicherung

Die CDU Saar setzt sich nach wie vor für ein gut ausgebautes, ausgewogenes, der Würde des Menschen entsprechendes System der Alterssicherung ein.

In der aktuellen sozialpolitischen Diskussion bezieht sie eindeutig Position für die Sache der Rentner, die von der inflationären Entwicklung am meisten betroffen und benachteiligt sind.

- Sie fordert eine baldige Verabschiedung des vom Saarland eingebrachten Gesetzentwurfes zur Verbesserung der Rentenniveausicherungsklausel.
- Sie setzt sich für eine funktionsgerechte und konsequente Neuregelung der Finanzierung der Rentnerkrankenversicherung ein.
- Sie fordert eine Verbesserung der Witwenrente.
- Sie wendet sich gegen eine weitere Stundung der Bundeszuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung.
- Sie fordert nachhaltig die Angleichung des Anpassungsrhythmus der hüttenknappschaftlichen Zusatzrenten an das Verfahren der übrigen Sozialrenten.
- Sie tritt für eine flexible - an den Rentenausgaben orientierte - Bemessung des Bundeszuschusses an die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung ein.
- Sie fordert eine grundlegende Verbesserung der Grenzgängerregelungen, die sich an der Sondersituation der saarländischen Grenzgänger orientieren müssen.



## Arbeitsplätze

Die Politik der CDU Saar verfolgt das Ziel, gute und gesicherte Arbeitsplätze zu garantieren. In den vergangenen Jahren ist es der Landesregierung gelungen, neue Industriebetriebe in allen Teilen des Saarlandes anzusiedeln.

Neue Arbeitsplätze haben in vielen Gemeinden bessere Erwerbsmöglichkeiten gebracht. Das dient der Verbesserung der Lebensverhältnisse und macht den Bürger unabhängiger. Diese Politik muß fortgesetzt werden.
Wohlabgewogene Schwerpunkte industrieller Ansiedlungen sind dazu langfristig zu planen und zu verwirklichen.

Bei der zukünftigen Planung ist zu berücksichtigen, daß die Erschließung von Industriegelände in einem gesunden Verhältnis zur Einwohnerschaft, zur Belastbarkeit der Umwelt und zum erwarteten Nutzen steht. Die Folgelasten müssen überschau- und verantwortbar bleiben.

Die Bürger jener Gemeinden,in denen nur wenige oder überhaupt keine Gewerbebetriebe unterzubringen sind, müssen durch entsprechend gute Verkehrsbedingungen an Arbeitsplätze in der engeren oder weiteren Umgebung ihres Wohnortes gelangen können. Dazu muß ein leistungsfähiges, dichtes Nah- und Schnellverkehrsnetz geschaffen werden. Dieses sollte durch Verkehrsverbund von Bahn, Post, kommunalen und privaten Beförderungsdiensten ermöglicht werden.

## Ausländische Arbeitnehmer

Der Anspruch der ausländischen Arbeitnehmer auf geordnete Wohn- und Lebensverhältnisse, insbesondere der Bildungsanspruch ihrer Kinder, ihr Recht auf Pflege ihrer heimatlichen Kultur sowie auf Eingliederung in unsere Gesellschaft müssen gewährleistet werden. Der Gefahr ihrer Isolierung ist besonders durch Maßnahmen entgegenzutreten, die geeignet sind, bestehende Sprachbarrieren zu beseitigen. Die im Landesausschuß für die Betreuung ausländischer Arbeitnehmer, zusammengefaßten Organisationen der freien Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Ministerien haben Wesentliches zur Verwirklichung dieser Ziele getan. Die finanzielle Förderung der Betreuungsmaßnahmen durch das Land ist auf der Grundlage der bisherigen Leistungen fortzuführen. Auch die rechtliche Stellung von Ausländern muß gesichert sein. Dazu muß das Ausländergesetz von 1965 durch verbindliche Ausführungsbestimmungen in allen Bundesländern einheitlich geregelt werden. Ziel der CDU ist eine klare Aufenthaltsregelung, welche die Rechtsunsicherheit vieler Ausländer beseitigt und sie in die Lage versetzt, ihre persönliche und berufliche Zukunft verantwortungsvoll zu planen. Die volle Freizügigkeit innerhalb der EG-Staaten, verbunden mit dem Recht freier Berufsausübung, muß zur Selbstverständlichkeit werden. Die CDU will sich dafür einsetzen, daß nicht nur Buchstaben, sondern auch Geist des EG-Vertrages voll zum Tragen kommen.

## Bauwirtschaft

Die derzeitige Lage der deutschen Bauwirtschaft ist gekennzeichnet durch einen sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingten Nachfragerückgang. Besonders hart von dieser Entwicklung ist das saarländische Baugewerbe betroffen, nicht zuletzt wegen des - wechselkursbedingten - Kostenvorteils der benachbarten lothringischen Bauwirtschaft. Um die Konkurrenzfähigkeit der saarländischen Bauwirtschaft auch in Zukunft zu erhalten, wird es notwendig sein, die Baukapazität dem mittel- und langfristig zu erwartenden Nachfrageniveau anzupassen.

Die Aufgabe der Landesregierung wird hierbei in folgenden beiden Bereichen liegen: Zum einen bedarf es politischer Maßnahmen, um soziale Härten, die im Zuge der Kapazitätsanpassung entstehen, weitestgehend auszugleichen. Zum anderen sind Stützungsprogramme, wie der kürzlich verabschiedete Nachtragshaushalt erforderlich, um eine krisenhafte Entwicklung in der saarländischen Bauwirtschaft zu verhindern. Ein Abbau von Kapazitäten über das strukturell erforderliche Maß hinaus führt zu unerwünschten Engpässen im nächsten Aufschwung und bedeutet damit einen Verzicht auf zukünftige Wachstumschancen.

## Behinderte

Mehr noch als an materiellem Wohlstand muß sich eine Gesellschaft von heute daran messen lassen, welches Verständnis sie für diejenigen aufbringt, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. Das gilt in besonderem Maße für unsere Behinderten. Die CDU unterstützt die im Landes-Rehabilitationsplan enthaltenen Zielsetzungen. Sie fordert daher, alle Möglichkeiten einer fortschrittlichen Behandlung und Rehabilitation im medizinischen wie im beruflichen Bereich für die Behinderten auszuschöpfen, damit sie einen angemessenen Platz in der Gemeinschaft finden.

Zu den bereits bestehenden Einrichtungen ist als nächstes eine Ausbildungsstätte für jugendliche Behinderte (Berufsbildungswerk) zu schaffen. Allen bestehenden Werkstätten für Behinderte sind Wohnheime anzugliedern, damit die dort Tätigen auch im Alter versorgt sind.

Der Landes-Rehabilitationsplan, der gemäß der Entwicklung ständiger Fortschreibung bedarf, muß gemeinsam mit den Sozialleistungsträgern und Behindertenverbänden verwirklicht werden.

Dazu gehört auch die besondere schulische Förderung behinderter Kinder im Sinne der Chancengerechtigkeit. Jedes behinderte Kind und jeder behinderte Jugendliche hat Anspruch auf besondere Förderung in Schule und Ausbildung.

Seit 1959 hat sich in den saarländischen Sonderschulen
- die Zahl der Schüler vervierfacht
- die Zahl der Klassen verfünffacht
- die Zahl der Lehrer versechsfacht.

Auf der Grundlage des Sonderschulentwicklungsplanes für das Saarland sind dies die nächsten Schritte:



- Maßnahmen zur Früherkennung und Frühförderung behinderter Kinder
- Fördermaßnahmen im Elementar- und Primarbereich zur Vermeidung von Behinderungen und späteren Folgeschäden
- Verstärkung der Durchlässigkeit von der Sonderschule in weiterführende Bildungsgänge
- Verbesserung der Personal- und Raum- und Sachausstattung der Sonderschulen.

## Berufsbildung

Wer Chancengerechtigkeit will, muß auch die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung bejahen. Nicht nur hohe Abiturientenzahlen, sondern auch die Qualität der beruflichen Bildung sind Kennzeichen für ein zeitgemäßes, leistungsfähiges Bildungs- und Ausbildungssystem. Deshalb hat die CDU Saar der beruflichen Bildung stets einen hohen Rang eingeräumt.

Für die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung hält sie folgende Maßnahmen für unerläßlich:

- Verbesserung und Abstimmung der beruflichen Ausbildung in Schule und Betrieb,
- den Ausbau und die Weiterentwicklung der Ausbildungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft, besonders im Bereich der überbetrieblichen Schulung des Handwerks,
- Einrichtung von Berufsgrundbildungsjahren in schulischer und dualer Form ohne dogmatisch einseitige Festlegung, sondern nach sachgerechter Prüfung und Entscheidung der Zweckmäßigkeit. Dabei sollen differenzierte Formen im Ausbildungs- und Unterrichtsangebot angestrebt und entsprechende Abschlußmöglichkeiten, vor allem für Schüler, die über die Hauptschule kommen, gefunden werden. Die darauf aufbauende Fachbildung soll sich in der Regel in schulischen und betrieblichen Ausbildungsphasen vollziehen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule anstreben,
- die beruflichen Vollzeitschulen sollen in ihrer Struktur und Anlage echte Alternativen zu den allgemeinen Schulen sein.

Sichtbarer Beweis für den Ausbau des beruflichen Schulwesens ist das Aus- und Aufbauprogramm für die Errichtung von Berufsbildungszentren, die wesentliche Voraussetzungen für eine Verbesserung der beruflichen Bildung schaffen.

Mit der für die Bundesrepublik als beispielhaft geltenden Konzeption der Berufsbildungszentren werden folgende Ziele verfolgt:

- Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für eine zeit- und sachgerechte Berufsgrundbildung und Berufsfachbildung sowie für die Weiterbildung und Umschulung,
- Ausbau der Fachbereiche für sozialpflegerische Berufe.

- Gewährleistung einer weitgehenden Auslastung und damit eine rationelle Nutzung der modernen Einrichtungen.
- Ausstattung mit technischen Unterrichtsmitteln, die sowohl den Erfordernissen eines modernen Unterrichts als auch den Bedürfnissen der Berufs- und Fachbereiche gerecht werden.
- Bessere Abstimmung zwischen den Bedürfnissen der schulischen, fachpraktischen und betrieblichen Ausbildung.

Von den 10 geplanten Berufsbildungszentren, die mit einem Gesamtkostenaufwand von rd. 120 Mio DM errichtet werden, sind bereits 6 im wesentlichen fertiggestellt (Dillingen, Homburg, Nunkirchen, Saarlouis, Völklingen, Saarbrücken) und in Betrieb, zwei sind im Bau (St. Wendel, Neunkirchen), Planungen für die Zentren Wadern und Lebach-Eppelborn sind in Vorbereitung. In den verschiedenen Konjunkturprogrammen dieses Jahres sind Zusatzmaßnahmen für bereits bestehende berufliche Schulen berücksichtigt worden.

Dieses Programm will die CDU Saar zügig vorantreiben.

## Bewährungshilfe

Im breiten Umfeld des Strafvollzuges hat sich die CDU Saar das Ziel einer sozialorientierten Rechtspflege gesetzt. Diese soll straffällig gewordenen Mitmenschen helfen, in Zukunft ein straffreies Leben zu führen. Zugleich sollen der Allgemeinheit damit die Risiken und Kosten sozialschädlicher Verhaltensweisen einzelner erspart bleiben. Dabei hat sich in der Vergangenheit die Bewährungshilfe als taugliches aber unzureichendes Mittel erwiesen. Deshalb fordert die CDU:

- Für die hauptamtliche Bewährungshilfe: Einrichtung einer zentralen Leitstelle, Ausbau des Stellenplans für qualifizierte Fachkräfte.
- Einsatz geschulter ehrenamtlicher Betreuer oder Bewährungshelfer.
- Einrichtung einer sogenannten Führungsaufsicht zur Intensivbetreuung besonders rückfallgefährdeter Probanden.
- Koordination aller vorgesehenen Dienste, einschließlich der Sozialarbeiter im Strafvollzug, zu einem leistungsfähigen "Sozialdienst der Justiz".

Langfristig erstreben wir den Ausbau dieses Sozialdienstes zu einem modernen sozialtherapeutischen Zentrum.



## Bildungsberatung

Chancengerechtigkeit bedeutet auch Beratung und Orientierungshilfe für Schüler und Eltern. Waren bisher Schüler und Eltern auf allgemeine Informationen über die verschiedenen schulischen Möglichkeiten sowie auf den Rat einzelner Lehrer angewiesen, so sollen künftig die Informations- und Beratungsmöglichkeiten an den Schulen dadurch verbessert und vertieft werden, daß im Rahmen eines umfassenden Beratungsdienstes speziell dafür ausgebildete Lehrkräfte an den Schulen zur Verfügung stehen.

Der Aufbau des schulpsychologischen Dienstes im Saarland ist im Gange. Eine Studienberatung ist an der Hochschule des Saarlandes eingerichtet.

Weitere Schritte sollen sein:

- Bestellung eines für Beratung zuständigen Lehrers an den Schulen
- Aus- und Fortbildung der mit der Beratung betrauten Lehrer
- Weiterer Ausbau des schulpsychologischen Dienstes
- Enge Zusammenarbeit mit anderen Beratungsdiensten (Erziehungsberatung, Berufsberatung, Jugend- und Sozialamt, Gesundheitsamt, Studienberatung).

## Bildungspolitik

Die Entscheidung über die Bildungsinhalte ist eine Entscheidung über grundlegende Wertvorstellungen vom Menschen und der Gesellschaft. Sie darf daher nicht isolierten Fachgremien oder ideologisch festgelegten Gruppen überlassen bleiben, sondern muß bildungs- und gesellschaftspolitisch verantwortet werden.

Die CDU hat im November 1973 Grundsätze für die Gestaltung von Rahmenrichtlinien verabschiedet. Ihre zentralen Aussagen:

- Die Schule muß die Voraussetzungen schaffen für die Selbstverwirklichung des einzelnen, für sein Verhältnis zur Gesellschaft und zu seinen Mitmenschen, für seine Bereitschaft, eine freiheitliche und demokratische Ordnung mitzugestalten.
- Rahmenrichtlinien sind an die Verfassung gebunden: Die Schule muß durch ihre Inhalte zur Bejahung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates als Voraussetzung individueller und gesellschaftlicher Freiheit führen.
- Der Unterricht muß Entscheidungsbereitschaft und Entscheidungsfähigkeit des Schülers fördern und Maßstäbe für verantwortliches Handeln vermitteln.

Entsprechend müssen die Richtlinien von Kommissionen erarbeitet werden, deren Zusammensetzung der wissenschaftlichen Vielfalt des jeweiligen Faches entspricht. Sie müssen so gestaltet werden, daß sie

- Lehrern und Schülern die Möglichkeit freier pädagogischer Gestaltung sichern,
- didaktisch auf die Urteilsfähigkeit des Schülers hinzielen,
- methodisch und didaktisch wissenschaftlichen Maßstäben entsprechen,
- entsprechend der Leistungsfähigkeit Stufungen im Anspruchsniveau zulassen und zu klar definierten Abschlüssen führen,
- in ihren Lernzielen und Lerninhalten von der notwendigen Verbindung personaler und sozialer Erziehung ausgehen,
- geschichtliches Verständnis unserer Wirklichkeit in allen geeigneten Fachbereichen vermitteln, um die Bedingungen und Zusammenhänge gegenwärtiger Verhältnisse deutlich zu machen.

In den von der Union regierten Ländern werden Rahmenrichtlinien eingeführt und erprobt, die diesen Grundsätzen Rechnung tragen.



## Bodenrecht

Voraussetzung für eine weitschauende, gemeinschaftsorientierte Raumordnungs- und Städtebaupolitik ist eine Fortentwicklung des Bodenrechts, die die besondere Sozialbindung des Eigentums am Boden berücksichtigt. Grundlage der Bodenordnung bleibt das private Eigentum. Neben der Form des parzellierten Einzeleigentums sollten vordringlich die Möglichkeiten des Anteileigentums und des Erbbaurechts genutzt werden. Planungen und Neuordnungen in Stadt und Land müssen von Verzögerungen und ungerechtfertigten Verteuerungen befreit werden. Spekulationsgewinne aus Bodengeschäften sind steuerlich stärker zu erfassen; die Entschädigung bei Enteignung soll auf Wunsch des Enteigneten statt in Geld durch Beteiligung oder Ersatzland erfolgen können.

Die Neuordnung des Bodenrechts darf nicht zum Hebel für eine kalte Sozialisierung werden. Mit ihren Vorschlägen für ein soziales Bodenrecht vom November 1973 hat die Union ein Konzept vorgelegt, das die Rechte des einzelnen und der Gemeinschaft sorgsam gegeneinander abwägt.

## Bundesrat

Die CDU Saar kämpft aus demokratischer Überzeugung für den selbständigen Bundesstaat als eine Ausprägung der notwendigen Gewaltenteilung.

Das Prinzip der Föderalität wird durch die Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität ergänzt. Danach sollen die kleineren Einheiten der Gesellschaft und des Staates soviel Eigenständigkeit und Selbstverantwortung tragen als ihnen zugemutet werden kann. Die größeren Einheiten haben nur subsidiär diejenigen Aufgaben zu übernehmen, die für die kleineren Einheiten nicht lösbar sind. In Krisen und Schwierigkeiten hat die Solidargemeinschaft den einzelnen Gliedern helfend beizuspringen, ohne daraus Herrschaftsrechte abzuleiten. Aus diesem allgemeinen Prinzip ist auch unser Verständnis des Bundesrates abzuleiten.

Die Kontroverse um die Stellung des Bundesrates hat der Bevölkerung die Bedeutung dieses Bundesorgans bewußt gemacht. Dabei bestreiten führende Politiker der Koalitionsparteien die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates. So sprach SPD-Kanzler Schmidt in der Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 davon, die Union würde den Bundesrat "zu einer Gegenregierung" machen. Damit wird den Unionsparteien unterstellt, sie würden den Bundesrat mißbrauchen.

Welche Aufgaben und Funktionen erfüllt der Bundesrat jedoch tatsächlich?

Der Bundesrat ist:

- ein Gesetzgebungsorgan des Bundes - und demnach nicht darauf beschränkt, lediglich spezifische Länderinteressen wahrzunehmen. - Artikel 50 des Grundgesetzes besagt eindeutig: "Über den Bundesrat wirken die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mit".

- ein politisches Organ. Aus der Aufgabenstellung des Bundesrates - nämlich an der Gesetzgebung mitzuwirken - ergibt sich die politische Entscheidungsgewalt. Da die Parteien nach dem Grundgesetz (Art. 21) eine besondere Stellung bei der politischen Willensbildung haben, ist es folgerichtig, wenn der politische Wille der Parteien auch bei den Entscheidungen des Bundesrates eine Rolle spielt.

Das Recht des Bundesrates, an der Gesetzgebung des Bundes mitzuwirken und dabei Länderinteressen zu vertreten, ist auch durch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.

Ein weiterer Vorwurf der liberal-sozialistischen Regierung, die Union betreibe im Bundesrat Obstruktionspolitik und habe die meisten Reformvorhaben scheitern lassen, ist sachlich nicht haltbar. Der Bundesrat hat im Gegenteil in der Vergangenheit bewiesen, daß er trotz unterschiedlicher Mehrheitsverhältnisse zu konstruktiver Partnerschaft mit Bundesregierung und Bundestag bereit ist. Viele Gesetze sind aufgrund der Vorschläge des Bundesrates im Vermittlungsverfahren verbessert worden. Die überwiegende Mehrheit aller Gesetze sind im Bundesrat einstimmig oder mit klarer Mehrheit angenommen worden. Nur einzelne Gesetze haben Kontroversen zwischen den Ländern und dem Bund hervorgerufen. Und nur ein Teil wiederum dieser strittigen Vorlagen waren Ursache einer Polarisierung der großen Parteien. Gerade das Ringen um die Steuerreform hat wieder eindrucksvoll unterstrichen, daß es den Länderregierungen nicht um Blockade geht, sondern um echte Verbesserungen für die gesamte Bevölkerung.

## Bundeswehr

Aktive Friedenspolitik setzt die Bereitschaft jedes einzelnen voraus, selbst für die Bewahrung des Friedens einzutreten. Dies erfordert eine Festigung der geistig-moralischen Widerstandskraft gegenüber allen Bedrohungen. Wehrdienst ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens und dient der Bewahrung unserer freiheitlichen Grundordnung. Der Dienst in der Bundeswehr muß daher als Dienst an der Gemeinschaft anerkannt werden.



Wir setzen uns dafür ein, daß die Stellung des Soldaten in der Gesellschaft der unveränderten Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung von Freiheit und Frieden entspricht.

Den Soldaten muß die Erfüllung ihres schwierigen Auftrages ermöglicht werden. Dazu wird die CDU Saar alle Dienststellen des Landes und der Kommunen, aber auch die Gliederungen der Partei auffordern, engen Kontakt zu den im Saarland liegenden Truppenteilen und Dienststellen der Bundeswehr zu pflegen, um ihnen und den einzelnen Soldaten und zivilen Mitarbeitern bei der Bewältigung der Aufgaben des Alltags mit Rat und, wo dies möglich ist, mit Hilfe zur Seite zu stehen.

Die CDU Saar wird sich weiterhin bemühen, daß in allen Schulen und anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen immer wieder auf Sinn und Aufgabe der Landesverteidigung hingewiesen wird. Dazu gehört eine sachgerechte Information ebenso über die Bedeutung des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) wie über die wichtige Rolle der Bundeswehr in diesem Bündnis. Allen Versuchen einer Anti-Bundeswehr-Propaganda an Schulen und Hochschulen muß mit Sachlichkeit, aber auch mit der notwendigen Entschiedenheit begegnet werden.

Die CDU Saar wird dafür Sorge tragen, daß die dem Land übertragenen Aufgaben bei der Vorbereitung der Zivilverteidigung voll wahrgenommen werden. Die Maßnahmen des Katastrophenschutzes sind zu verstärken.

Als die große freiheitliche Partei hat die CDU auch Verständnis für alle, die aus echten Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern möchten. Sie dürfen nicht aus dogmatischen Gründen diskriminiert werden. Daher wird die CDU Saar im Lande dafür Sorge tragen, daß vollwertige Zivildienstplätze in ausreichender Zahl geschaffen werden.

## Chancengerechtigkeit

Der Begriff Chancengerechtigkeit löst den mißverständlichen und ideologisch verfärbten Begriff Chancengleichheit ab.

Die CDU Saar setzt sich dafür ein, daß alle Bürger des Saarlandes eine Chance haben, ihr Leben nach ihren Fähigkeiten und Vorstellungen zu gestalten. Niemand soll durch Herkunft, Wohnort oder materiellen Mangel in seinem Bildungswillen behindert werden.

Die CDU Saar ist aber gegen jede Gleichmacherei. Die Menschen haben vielfältige, unterschiedliche Begabungen und Neigungen. Deshalb lehnt die CDU Saar alle vereinheitlichenden Bildungs- und Ausbildungskonzepte ab. Das Bildungswesen muß nach ihrer Ansicht vielmehr durch eine Vielfalt an konkurrierenden oder sich ergänzenden Bildungseinrichtungen jedem Bürger die Möglichkeit geben, sich mit angemessenen Mitteln nach seinen Veranlagungen und Wünschen aus-, fort- und weiterzubilden.

Nur so kann er sein Grundrecht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit tatsächlich wahrnehmen.
Ein Blick in die gesellschaftlichen Verhältnisse sozialistischer Staaten zeigt eine durch erschreckende Ungerechtigkeit gekennzeichnete Ungleichheit des Status, der Chancen und Lebensmöglichkeiten.

Stattdessen fordert die CDU Saar die wahrheitsgemäße Chancengerechtigkeit. Jeder soll nach seinen Möglichkeiten und seinem Willen die Chancen zu einer Selbstverwirklichung erhalten. Das gilt sowohl im Bereiche von Bildung und Ausbildung als auch im wirtschaftlichen und sozialen Leben.

## Eigentum

Die CDU bejaht das private Eigentum als grundlegenden Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft und als wesentliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen.

Zum privaten Eigentum gehört aber auch seine Sozialpflichtigkeit. Der freien Verfügbarkeit über das Privateigentum sind dort Grenzen gesetzt, wo die vitalen Interessen anderer Mitbürger gefährdet sind. Unsere Politik der Vermögensbildung soll jedem Mitbürger Zugangschancen zu privatem Eigentum eröffnen.

## Elternrecht

Die CDU verteidigt das vorrangige Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder. Staatliche Erziehung darf nur dort eingreifen, wo die Eltern allein ihrer Erziehungsaufgabe nicht voll gerecht werden können. Als einen wichtigen Beitrag zur vollen Verwirklichung des Elternrechts hat die CDU-geführte Landesregierung die Schulmitbestimmungsgesetze erlassen, die als die fortschrittlichsten in der Bundesrepublik gelten.

## Erwachsenenbildung

Bildung ist ein ständiger Prozeß, der sich auch nach Eintritt in das berufliche Leben fortsetzen muß. Dies ist nicht nur wichtig für die Fortentwicklung unserer Gesellschaft, sondern liegt auch im Interesse des einzelnen. Dazu fördert der Staat die entsprechenden Bildungsangebote und Einrichtungen, wie in dem Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung im Saarland bereits deutlich zum Ausdruck kommt.

Diese Förderung kommt öffentlichen und freien Trägern gleichermaßen zugute. Jede Einseitigkeit bei der Förderung der Träger muß vermieden werden; die Pluralität von Einrichtungen und Angeboten ist zu sichern. Die Weiterbildungsangebote für die Bevölkerung sind durchsichtiger zu machen. Die verschiedenen Träger der Weiterbildung sollen



- bei der Gestaltung der Programme zusammenarbeiten,
- die Veranstaltungen gegenseitig abstimmen,
- und ihre Arbeit auf die Interessen und die Nachfrage der Bevölkerung abstellen.

Darüber hinaus wird die CDU Saar, solange die Bundesregierung Initiativen zu bundeseinheitlichen Regelungen vermissen läßt, eigene Regelungen für den Bildungsurlaub treffen, damit die vielfältigen Angebote der Weiterbildung allen Schichten der Bevölkerung zugänglich sind.

## Familie

Nur ein nüchterner Blick auf die Situation der heutigen Familie kann für die CDU Grundlage für familienpolitische Entscheidungen sein. Nicht an Wunschbildern, sondern an klaren Ordnungsvorstellungen sollen die Wirkungen familienpolitischer Maßnahmen überprüft werden. Die Familienpolitik, die sich am partnerschaftlichen Familienbild orientieren muß, hat aktuellen und künftigen Erfordernissen zu entsprechen.

Das gesellschaftliche Leben soll familiengerecht gestaltet werden. Alle Maßnahmen der Familienpolitik müssen aufeinander abgestimmt sein und sinnvoll ineinandergreifen.

Die CDU Saar fordert ein zusammenfassendes Familienförderungsprogramm. Dabei legt sie besonderen Wert auf eine möglichst unbürokratische Durchführung der folgenden Maßnahmen:

- Familiengründungsdarlehen
- Familienferienzuschüsse
- Beratende Dienste
- Eigenheimbauförderung
- Kindergärten und -tagesstätten
- Müttergenesung
- Hilfen für ledige Mütter

Hierbei ist insbesondere auf den weiteren Ausbau der beratenden Dienste zu verweisen. In unserer komplizierten und schnellebigen Welt wird es für die Familie immer schwieriger, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Den beratenden und unmittelbar helfenden Diensten kommt daher wachsende Bedeutung zu. So betrachten wir den Ausbau von Lebens-, Ehe- und Erziehungsberatungsstellen als vordringlich.

Aber auch die Familie als Wirtschaftsgemeinschaft ist in der heutigen Konsumgesellschaft oft überfordert. Hier bietet eine intensive Verbraucherberatung wesentliche Hilfe. Durch ein Netz solcher Beratungsstellen will die CDU Saar sicherstellen, daß die Familien als die wichtigsten Verbraucher gleichberechtigte und gleichgeschützte Wirtschaftspartner werden.

## Frauen

Die CDU tritt für die volle rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen ein. Dies gilt selbstverständlich nicht nur in Bezug auf die rechtliche Stellung und hinsichtlich der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, sondern gleichermaßen auch für die Berufstätigkeit und die Mitwirkung im öffentlichen Leben. Zumal in der politischen Arbeit muß den Frauen volle Teilnahme ermöglicht werden.
Dem berechtigten Anspruch der Frauen auf allgemeine und berufliche Weiterbildung ist in verstärktem Maße Rechnung zu tragen. Sowohl im Hinblick auf eine größere Entfaltung ihrer Persönlichkeit als auch in Anbetracht ihrer Schlüsselstellung in der Kindererziehung.

Ähnlich dem Bildungsurlaub für Arbeitnehmer fordert die CDU Saar daher auch für Hausfrauen eine "Bildungszeit". Ein entsprechend bereitzustellendes Angebot an familien- und berufsbezogenen Themen soll Hausfrauen die schwierigen Erziehungsaufgaben und eine Rückkehr ins Berufsleben erleichtern.

Für die CDU steht der Beruf der Hausfrau vollwertig und gleichberechtigt neben anderen Berufen. Insbesondere in der Kindererziehung leisten Hausfrauen und Mütter einen zukunftsentscheidenden Beitrag für die gesamte Gesellschaft. Familienpolitik darf sich daher nicht auf Almosen für Bedürftige beschränken. Dazu hat die CDU eine ganze Reihe von Forderungen erhoben. Dazu gehören:

- die Familienberatungsstellen,
- das Erziehungsgeld,
- die eigenständige Hausfrauenrente ("Partnerrente"),
- Hilfen für ledige Mütter.

Ebenso wie wir den Beruf der Hausfrau als vollwertig und gleichberechtigt anerkennen, setzen wir uns auch für die erwerbstätigen Frauen ein. Unsere Hauptforderungen dabei sind:

- gleicher Lohn für gleiche Arbeit (u. a. Abschaffung der Leichtlohngruppen),
- mehr Kindertagesstätten und -horte,
- mehr Teilzeitarbeitsplätze,
- Ausbildung und Einsatz von Tagesmüttern nach einem neu zu überlegenden Konzept.

Für die CDU Saar kann die Tagesmutter immer nur einen Ersatz für die Erziehung in der Geborgenheit der Familie darstellen.



Auf jeden Fall sollte durch ein Erziehungsgeld vermieden werden, daß Familienmütter nur aus materieller Not gezwungen sind, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, besonders für weibliche Arbeitskräfte, beträchtlich erweitert wird. Dadurch soll insbesondere den arbeitswilligen Müttern größerer Kinder die Möglichkeit gegeben werden, neben ihrer Erwerbstätigkeit auch den Anforderungen im Haushalt und in der Kindererziehung gerecht zu werden.

Um bei ständig steigenden Bedürfnissen der Frauen nach Berufstätigkeit eine ausreichende Versorgung und Erziehung der Kinder zu gewährleisten, fordert die CDU ein vermehrtes Angebot an Kindertagesstätten.

## Freizeit

Ständige Arbeitszeitverkürzungen, steigende Einkommen und eine hohe Mobilität haben den Bedarf an attraktiven Freizeitangeboten rasch in die Höhe schnellen lassen.

Unter der CDU-geführten Landesregierung ist der Freizeitwert unseres Saarlandes trotz verstärkter Industrieansiedlung erheblich gestiegen. Eine weitsichtige Raumordnungspolitik hat durch die Erhaltung und Erschließung der natürlichen Schönheit unserer Saarheimat eine Fülle reizvoller Naherholungsgebiete zur Verfügung gestellt. Diese Schwerpunkte einer erholsamen Freizeitgestaltung müssen in Zukunft noch weiter ausgebaut und mit den Ansprüchen einer expandierenden Industrie in Einklang gebracht werden.

Der Ausbau und die Förderung weiterer sinnvoller Freizeitangebote bleibt ein wichtiges Ziel der CDU Saar; denn wachsende Belastungen des Berufslebens müssen ihren Ausgleich in erholsamer sportlicher, geistiger oder musischer Betätigung finden. Aber auch für die Jugend müssen attraktive Möglichkeiten der Freizeitgestaltung bereitgestellt werden, um der Gleichgültigkeit und Gefährdung Jugendlicher entgegenzuwirken.

Zur Freizeitgestaltung gehört ferner ein breit gefächertes Angebot an Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, sowie an kulturellen Einrichtungen. Die zahlreichen Vereine in unserem Land bieten mannigfaltige Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung an.

## Gesundheit

Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß jeder seine Persönlichkeit frei entfalten kann.

Dem einzelnen fehlen oft die Fähigkeit und die Voraussetzung, seine Gesundheit zu erhalten und sie vor den zahlreichen Gefahren unserer vom technischen Fortschritt geprägten Zeit zu schützen.

Hier sieht die CDU die Aufgabe ihrer Gesundheitspolitik: Diese soll dem einzelnen Menschen die Möglichkeiten zu gesunder Lebensführung und im Falle der Krankheit zur Wiedergesundung bieten.

Im Rahmen dieser Politik haben Früherkennungsmaßnahmen, ein leistungsfähiges modernes Krankenhauswesen und eine gute ambulante ärztliche Versorgung einen hohen Stellenwert. Die Bilanz der Vorsorgemaßnahmen im Rahmen der Mütterberatung und Säuglingsbetreuung ist positiv: Die kostenlos angebotenen Schwangeren-, Säuglings- und Krebs-Vorsorgeuntersuchungen werden in steigendem Maße in Anspruch genommen. Die Zahl der ausgegebenen Vitamin-D-Tabletten zur Rachitis-Prophylaxe erreicht jährlich über eine Million. Die Erfassungsquote bei den speziellen Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung der Phenylketonurie (angeborene Stoffwechselerkrankung) hat inzwischen über 97 % der Neugeborenen erreicht. Ähnliche Erfolge sind im Bereich der Schulzahnpflege zu verzeichnen. Unserer Bevölkerung steht ein reiches Angebot von kostenlosen öffentlichen Impfungen gegen Pocken, Tuberkulose, Kinderlähmung, Diphtherie-Tetanus und Grippe als weitere Vorbeugungsmaßnahmen zur Verfügung.

Angesichts der Tatsache, daß Vorsorge und Rehabilitation immer mehr zu Schwerpunkten der Gesundheitspolitik werden, unterstützt die CDU Saar alle Bemühungen, die darauf hinzielen:

- alle Bürger zur Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen zu bewegen,
- Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Herz- und Kreislauferkrankungen und der Zuckerkrankheit in den Katalog der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen.

Die CDU fordert geeignete Maßnahmen, die zu einer besseren personellen Besetzung des öffentlichen Gesundheitswesens führen.

Sie unterstützt alle Bestrebungen, die zu einer besseren ambulanten ärztlichen Versorgung - insbesondere im ländlichen Raum - beitragen. Dabei wird sie darauf achten, daß das Prinzip der freien Arztwahl und der freien ärztlichen Berufsausübung unangetastet bleibt.



## Handwerk

Das Handwerk ist mit 9.000 Betrieben und 60.000 Beschäftigten unser zweitgrößter Wirtschaftsbereich. Die Wirtschafts- und Steuerpolitik der sozialliberalen Koalition trifft diesen vielseitigen Wirtschaftsbereich besonders hart.

Die CDU wird im Rahmen ihrer Mittelstandspolitik diesem Bereich ihre besondere Aufmerksamkeit schenken.

## Humanisierung der Arbeitswelt

Der technische Fortschritt, der zu einer Steigerung der Produktivität der Arbeit durch betriebliche Rationalisierung und Automatisierung führt, ist eine wesentliche Voraussetzung für weiteres wirtschaftliches Wachsen. Die CDU Saar ist der Überzeugung, daß diese Entwicklung nur dann als wünschenswerter Fortschritt angesehen werden kann, wenn die inhumanen Folgen für den Menschen am Arbeitsplatz verhindert werden. Wir bekennen uns zu einer Humanisierung der Arbeitswelt, die dem Ziel dient, die Würde des Menschen auch am Arbeitsplatz zu respektieren: Der Mensch darf am Arbeitsplatz nicht zu einem leistenden Automaten verkümmern, sondern muß als soziales Wesen respektiert und als eigenständige Persönlichkeit gefordert werden.

Die CDU-Landesregierung hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um den Forderungen nach einer Humanisierung der Arbeitswelt zu entsprechen. Dazu gehört vor allem das Personalvertretungsgesetz.

Auch in Zukunft wird die CDU Saar in verstärktem Maße Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ergreifen und unterstützen. Dazu gehört der Schutz am Arbeitsplatz, die Arbeitsmedizin und der innerbetriebliche Umweltschutz ebenso wie die arbeitswissenschaftliche Forschung und die Kontrolle der Arbeitsplatzgestaltung. Nicht zuletzt sieht aber die CDU Saar in der Mitbestimmung dann einen wichtigen Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt, wenn diese Mitbestimmung den arbeitenden Menschen als Persönlichkeit berücksichtigt und ihn vor jeder Fremdbestimmung schützt.

Die CDU Saar bekennt sich zu dem Grundsatz, daß das wirtschaftliche Wachstum dem Menschen dienen muß. Sie wird die geeigneten Maßnahmen ergreifen, damit auch in Zukunft die Würde des Menschen der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft übergeordnet bleibt.
Eine echte Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sollte diesem Ziel dienen.

Information

Die CDU Saar erstrebt eine offene Gesellschaft mit ungehinderten Informationsflüssen. Die Transparenz der Willensbildung, der Entscheidungsprozesse und des Verwaltungshandelns ist elementar für eine freiheitliche Demokratie.

Dazu gehört auch das geschärfte kritische Bewußtsein der Bürger. Das Umgehen mit Informationen muß ein wesentlicher Bestandteil der politischen Bildung werden.

Die Freiheit der Meinungsäußerung und der ungehinderte Zugang zu Informationen sind als unverzichtbare Grundelemente unserer demokratischen Ordnung zu sichern.

Die Freiheit der Information setzt nicht nur den freien Zugang, sondern auch die Freiheit der Journalisten und Verleger voraus. Jede Art von Einengung und Diskriminierung der öffentlichen Information muß ebenso wie jede Zensur oder Sanktion durch gesetzliche Schutzmaßnahmen verhindert werden.

Die Privatsphäre bedarf aber ebenso des besonderen Schutzes wie auch die Äußerungsmöglichkeiten von Minderheiten.

Zur Verteidigung der Pressefreiheit lehnt die CDU die Vorschläge der liberal-sozialistischen Bundesregierung eines Presserechtsrahmengesetzes entschieden ab. Die Rechte von Verlegern dürfen nicht beschnitten werden. Der zunehmenden Konzentration im Pressewesen muß durch steuerliche Erleichterungen, Vorzugstarife im Postvertrieb und durch gezielte Förderung kleinerer Unternehmen begegnet werden.

Die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks soll prinzipiell Grundlage der Organisation von Hörfunk und Fernsehen bleiben.

Infrastruktur, soziale

Die CDU setzt sich dafür ein, daß die sozialen Einrichtungen und öffentlichen Dienstleistungen allen Bürgern in gleicher Weise erreichbar sind und zur Verfügung stehen.

Deshalb müssen nicht nur vielfältige, sich ergänzende soziale Dienste zur Verfügung stehen und miteinander koordiniert werden, sondern es bedarf auch vor allem einer sinnvollen regionalen Verteilung sozialer Einrichtungen, um die Zugänglichkeit für die Betroffenen sicherzustellen.

Landesaltenplan, Krankenhausplan und Landes-Rehabilitationsplan haben umfassende Bestandsaufnahmen für wichtige Bereiche der sozialen Infrastruktur geliefert und Entwicklungstendenzen für die 80er Jahre aufgezeigt. Der Landessozialplan soll ein umfassendes Bild der sozialen Infrastruktur zeichnen und Prognosen für deren Weiterentwicklung stellen (vgl. im übrigen Landessozialplan).



Der Ausbau der sozialen Infrastruktur sollte zwar auf Länderebene, aber nach bundeseinheitlichen Grundsätzen erfolgen.

Überall dort, wo freie Träger und private Initiative Aufgaben der sozialen Dienste erfüllen können, sind deren Maßnahmen bei entsprechender Selbstbeteiligung durch öffentliche Mittel bevorzugt zu fördern.

Jugend

Die CDU unterstützt die wertvolle Arbeit der Jugendgemeinschaften und -verbände.

Im Rahmen unserer jugendpolitischen Gesamtkonzeption wollen wir ein Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendarbeit verabschieden, das die freien Träger der außerschulischen Jugendarbeit, vornehmlich die Jugendverbände, in die Lage versetzen soll, ihre umfassenden Aktivitäten zu intensivieren.

Dieses Gesetz soll in sinnvoller Ergänzung des Jugendwohlfahrtsgesetzes die Förderung und Weiterentwicklung der Jugendarbeit sicherstellen.

Es soll alle Bereiche der Jugendarbeit erfassen und fördern. Dazu gehören:

- Politische Jugendbildung,
- musische Jugendbildung,
- naturwissenschaftlich-technische Bildung,
- internationale Jugendbegegnung,
- Freizeitgestaltung und Entwicklung sozialen Verhaltens.

Die Jugendpolitik der CDU hat zum Ziele, den Jugendlichen zu einem kritischen, engagierten Staatsbürger zu formen. Sie soll soziale Unterschiede abbauen und die Selbstbestimmung junger Menschen fördern. Jugendpolitik hat immer auch einen konkreten Beitrag zur Chancengerechtigkeit zu liefern. Jugendhilfe ist auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden, insbesondere der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit im Zusammenwirken mit Fachkräften zu leisten. Die Arbeit öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe steht hierbei partnerschaftlich nebeneinander. Ausgehend vom bestehenden Landesjugendplan soll eine vorausschauende Landesjugendplanung im Rahmen der Entwicklungsplanung des Landes, mittel- und langfristige Ziele der Jugendpolitik aufzeigen. In einem Stufenplan muß die Verwirklichung der gesteckten Ziele sichergestellt werden.

Bereits auf ihrem Landesparteitag 1973 hat die CDU Saar die Einrichtung moderner Jugendzentren gefordert. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen von Modelljugendzentren die Methode der Selbstverwaltung durch Jugendliche zu erproben, um Erfahrungswerte für die weitere Arbeit mit selbstverwalteten Zentren zu gewinnen.

Darüber hinaus sollen in den Gemeinden Begegnungsstätten errichtet werden. Diese Kommunikationszentren sollen Kontakte zwischen Menschen aller Altersgruppen herstellen, eine Atmosphäre der Gesprächsbereitschaft schaffen und schließlich Spannungen zwischen den Generationen abbauen helfen.

Die CDU setzt sich für die Schaffung von Jugendberatungsdiensten ein. Diese Jugendberatungsdienste haben die Aufgabe, dem Jugendlichen in den verschiedensten Problemlagen Hilfestellung zu leisten und ihn über Möglichkeiten, Rechte und Pflichten zu beraten und aufzuklären.

Ferner setzt sich die CDU für die Schaffung von Jugendwohngruppen ein, die - unter fachlicher Leitung und Betreuung - milieugeschädigten jungen Menschen die Chance bieten, Erziehungsdefizite abzubauen und sich in der Gesellschaft zurecht zu finden. Diese Jugendwohngruppen sollen vorrangig in Trägerschaft freier Verbände organisiert werden.

Mit einer Aktion "Jugend 75" will die CDU Saar die Bedeutung der Jugendpolitik unterstreichen, auf Probleme aufmerksam machen und um Verständnis der Öffentlichkeit für die Belange der Jugend werben. Diese Aktion soll einmal über die vielfältigen Aktivitäten der Jugendarbeit informieren, aber auch die Jugend selbst auf die Möglichkeiten gesellschaftlichen Engagements hinweisen und den Dialog zwischen Staat und Jugend fördern. Nach Auffassung der CDU sollten sich an dieser Aktion alle gesellschaftlichen Gruppierungen aus dem Bereich der Jugendpolitik beteiligen.

## Kinder

Die CDU Saar unterstreicht das Recht des Kindes auf eine gute Ausbildung und Erziehung. Nach verschiedenen jugendpolitischen Aktivitäten wird es Aufgabe der nächsten Jahre sein, den weiten Bereich der "Politik für das Kind" verstärkt anzugehen. Das Vorschulgesetz und die Rahmenrichtlinien zur vorschulischen Erziehung waren ein erster großer Schritt in diese Richtung. Die Verbesserung der Situation der Kindertageseinrichtungen, wo das Saarland bereits den zweiten Platz in der Bundesrepublik erreicht hat, wird zügig vorangetrieben. Ein eigenes Landesspielplatzgesetz, die Schaffung kindgerechter Wohnungen, die Aktivierung der Ausbildungsstätten für Kindergärtnerinnen, Sozialarbeiter und Pädagogen sind nur einige der geplanten Maßnahmen, die auf Landesebene verwirklicht werden können. Auch im Hinblick auf bundespolitische Initiativen wird sich eine CDU-Landesregierung weiter einsetzen für:



- die Einführung eines Erziehungsgeldes
- die weitere Verbesserung des Familienlastenausgleichs
- die Verbesserung des Adoptionsrechts
- die Reform der Jugendhilfe
- die Kinder am Rande der Gesellschaft.

## Kindergeld

Durch die Neuregelung des Familienlastenausgleichs ist die langjährige Forderung der CDU Saar nach der Gewährung des Kindergeldes vom ersten Kind an in Erfüllung gegangen.

Aber trotz der Anhebung der Kindergeldsätze wird es selbst bei Familien mit ein oder zwei Kindern nicht ausbleiben, daß bei fortschreitender Geldentwertung die neuen Kindergeldsätze in absehbarer Zeit den wirklichen Förderungsbedarf eines Kindes nicht mehr decken.

Die CDU wird sich daher nach wie vor dafür einsetzen, daß das Kindergeld breiter, d.h. über das dritte Kind hinaus gestaffelt wird und angesichts der ständig steigenden Lebenshaltungskosten alljährlich an die wirtschaftliche Entwicklung angepaßt wird, um ein reales Absinken - wie in den vergangenen Jahren - zu vermeiden.

Damit soll der Lebensstandard der Familie im Interesse ihrer Funktion für die Gesellschaft gesichert bleiben. Hierdurch verursachte Mehraufwendungen sind vorweggenommene Ausgaben, die bei weiteren Unterlassungen in der Familienpolitik in späteren Jahren in höherem Ausmaß zur Beseitigung auftretender Schwierigkeiten und Gesellschaftsschäden notwendig würden.

## Kommunalpolitik

Die Gemeinde bildet einen unmittelbaren Lebensraum der Menschen. Hier werden die öffentlichen Leistungen dargeboten, die in der modernen Welt notwendig und üblich sind. In diesem Bereich ist der Bürger aber auch besonders aufgerufen, auf demokratischer Ebene mitzugestalten und sich am öffentlichen Leben zu beteiligen, um so an der Verwirklichung unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung im sozialen Rechtsstaat teilzuhaben.

Die CDU als Volkspartei will die Mitwirkung aller Gruppen und Verbände und eines jeden Bürgers; sie ist allen Bevölkerungsschichten verpflichtet, in besonderem Maße aber denjenigen, die der Solidarität der Gemeinschaft bedürfen.

Um diese unsere Ziele verwirklichen zu können, müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die dafür zweckmäßig sind. Deshalb ist eine Rangfolge zu bestimmen, da nicht alles zugleich geschehen kann.

1. Die Mitwirkung der Bürger im öffentlichen Leben ist zu verstärken und auszubauen. Das muß in erster Linie auf gemeindlicher Ebene geschehen. Der moderne Mensch muß wieder mehr dazu hingeführt werden, in eigener Mitverantwortung seinen engeren Lebensraum zu gestalten.

2. Die kommunale Selbstverwaltung gewährleistet bürgerschaftliche Mitwirkung und Mitverantwortung. Sie muß daher weiter ausgebaut und ausgebildet werden.
Zentralistische Tendenzen, die zu Lasten der föderalistischen Organisation der Bundesrepublik und ihrer Gemeinden gehen, sind abzulehnen.

3. Die kommunalen Gebietskörperschaften brauchen eine ausreichende Finanzgrundlage, denn sie haben große und umfangreiche öffentliche Investitionen zum Wohle ihrer Bürger durchzuführen. Das kann nur geschehen, wenn sie an dem Gesamtsteueraufkommen angemessen beteiligt werden. Tendenzen des Bundes, den Anteil der Gemeinden zu kürzen bzw. nicht angemessen wachsen zu lassen, müssen daher unterbunden werden.

4. Die CDU wird dafür sorgen, daß die Menschen auch bei weiterer Industriealisierung menschenwürdig leben können. Nicht nur moderner Städtebau, sondern auch Stadt- und Altbausanierungen sind hierzu geeignete Mittel, auf sie sollte besonderer Wert gelegt werden.

5. Freizeit, Naherholung und Urlaub sind notwendige Teile des modernen Lebens geworden. Sie dienen der Lebensfreude und der Erhaltung der Arbeitskraft und bilden deshalb mit ein Fundament unserer demokratisch freiheitlichen Grundordnung.

Wie die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen eindrucksvoll beweisen, ist die von der Landesregierung gegen die Stimmen der Opposition erfolgreich durchgeführte Gebiets- und Verwaltungsreform von der Bevölkerung weitgehend akzeptiert worden.

Das Ziel leistungsfähiger Gebietskörperschaften und Verwaltungseinheiten ist damit ein Stück näher gerückt. Die CDU Saar wird sich in Zukunft darum bemühen, die neugeschaffenen Möglichkeiten zur Straffung und Rationalisierung der Verwaltung voll auszuschöpfen.



## Krankenhäuser

Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat das Saarland einen überdurchschnittlich hohen Anteil an modernen und leistungsfähigen Krankenhäusern aufzuweisen. Dies zeigt sich an der hohen Bettendichte im Akutkrankenbereich (95,7 Betten auf je 10.000 Einwohner), der erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegt, und an der vorbildlichen Bettenausstattung der Krankenzimmer (über drei Viertel aller Akutkrankenbetten stehen in Krankenzimmern mit drei oder weniger Betten). Die Ausgaben für das saarländische Krankenhauswesen steigen ständig; sie betragen 1974 über 130 Mio DM.

Dennoch werden wir uns auch hier mit dem Erreichten nicht zufriedengeben, denn ohne ein modernes Krankenhauswesen ist heute eine optimale medizinische Versorgung der Bevölkerung nicht mehr denkbar. Das Ziel unserer Krankenhausplanung, der saarländischen Bevölkerung ein sich am Bedarf orientierendes, abgestuftes und regional gegliedertes System leistungsfähiger, sich ergänzender und miteinander kooperierender Krankenhäuser anzubieten, ist weitgehend erreicht.

Nach Maßgabe des Krankenhausbedarfsplanes sind dort, wo dies noch erforderlich ist, zusätzliche Fachabteilungen zu schaffen, weitere Modernisierungsmaßnahmen vorzunehmen und eine Verbesserung der Personalsituation herbeizuführen.

Wir fordern den weiteren Ausbau der Universitätskliniken und eine Verbesserung der Versorgung unserer psychisch Kranken.

## Kultur- und Kunstpflege

Die Pflege und Erhaltung unseres kulturellen Erbes betrachtet die CDU Saar als vornehme Pflicht und Aufgabe. Das vielfältige und anspruchsvolle Angebot von Staats- und Landestheater, die gute Ausstattung unserer Museen und Galerien, das reichhaltige Angebot unserer Bibliotheken, die Restauration und Erhaltung vieler historischer Bauten und Denkmäler, wären nicht denkbar ohne die tatkräftige Unterstützung unserer Landesregierung. Aber auch die wertvolle Arbeit der zahlreichen kulturellen Vereine, der Laienspiel- und Volkstanzgruppen wollen wir durch eine angemessene Förderung wirksamer unterstützen.

## Länderneugliederung

Die CDU Saar hält an der Selbständigkeit des Saarlandes fest. Das einstige Saargebiet ist durch Volkscharakter, wirtschaftliche und geographische Bedingungen insbesondere aber durch die historische Entwicklung als eine Einheit anzusehen. Die Erhaltung des Saarlandes als politisch und wirtschaftlich eigenständige Einheit im föderalistischen Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland entspricht dem wachsenden Landesbewußtsein und dem Willen der saarländischen Bevölkerung. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen

und das Saarland bei der Einrichtung von Bundesbehörden und bei der Förderung einezlner Regionen in Zukunft angemessener zu berücksichtigen.

## Landessozialplan

Der Landessozialplan, als eine Gesamtschau der sozialpolitischen Aktivitäten der Landesregierung, soll dazu dienen:

- das gesamte Angebot sozialmotivierter Dienstleistungen und Hilfestellungen des Landes zu erfassen und damit allen im Sozialbereich Tätigen eine Orientierungshilfe zu geben;
- den Zusammenhang und die wechselseitige Abhängigkeit der sozialpolitischen Leistungen darzustellen;
- die Zielsetzungen für zukünftiges Handeln im sozialen Bereich klar erkennbar zu machen und so das sozialpolitische Konzept der Landesregierung und der sie tragenden CDU Saar zu verdeutlichen;
- und in einem Sozialbudget die Finanzierungsmittel aufzuzeichnen, die zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen erforderlich sind.

Der Landessozialplan steht in enger Verbindung mit der Finanzplanung. Dies gewährleistet, daß der Sozialhaushalt nicht im "luftleeren" bzw. budgetlosen Raum schwebt. Gleichzeitig wird mit der Erstellung des Sozialbudgets eine Voraussetzung geschaffen, über eine rein fiskalisch orientierte mittelfristige Finanzplanung hinauszukommen.

Darüber hinaus wird die Sozialplanung in die allgemeine Entwicklungsplanung einbezogen. Durch eine solche integrierte Gesamtplanung wird verhindert, daß einzelne Planungsvorhaben aus dem Gesamtrahmen der Landespolitik herausgelöst werden. Die Ergebnisse des Landesentwicklungsprogrammes stellen daher unentbehrliche Eckdaten und Eingabegrößen für den Landessozialplan dar.

## Leistungsprinzip

Die moderne Gesellschaft im Zeitalter der Technik lebt wesentlich von den Leistungsbeiträgen aller ihrer Glieder. Ohne ständige Leistungen würde eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe hereinbrechen.



Die CDU bekennt sich zum Leistungsprinzip als dem Motor von wirtschaftlichem, technischem und sozialem Fortschritt.

Selbstverständlich muß die Leistungsanforderung an den einzelnen den menschlich zumutbaren, persönlichen Leistungsmöglichkeiten entsprechen.

Menschlichkeit geht vor Leistungsforderungen. Aber damit darf weder ein sentimentaler noch ein politischer Verzicht auf Leistungsanforderung getarnt werden.

Unterschiedliche Leistungen sollen auch jeweils angemessen entlohnt werden. Höhere Leistungen sind ohne höhere Leistungsanreize kaum denkbar. Wer Leistungen erbringt, soll auch Nutzen davon haben. Die Verketzerung des Leistungsprinzips durch linke Demagogen muß als bloße Zersetzungstaktik entlarvt werden: gerade in sozialistischen Regimen werden gnadenlose Leistungszwänge ausgeübt, ohne den betroffenen Arbeitern auch nur angemessene Vorteile dafür zu bieten.

## Luftverkehr

Mit dem Ausbau des Flughafens Ensheim ist der Landesregierung die Angliederung des Saarlandes an das internationale Luftverkehrsnetz gelungen. In Zukunft müssen Flugsicherung und Ausstattung des Flughafens weiter verbessert werden. Ziel der CDU bleibt die Verdichtung des Angebotes an Flugverbindungen von Saarbrücken zu den wichtigsten europäischen Großflughäfen.

## Marktwirtschaft, soziale

Die CDU vertritt nach wie vor ein dynamisches Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Weder grenzenloser Liberalismus, noch Staatswirtschaft sozialistischer Prägung können auch nur annähernd eine so leistungsfähige Wirtschaft und die individuellen Freiheitsrechte garantieren. Daher gibt es für uns keine Alternative.

Wir wollen die soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, daß die persönliche Initiative gestärkt und immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht wird. Die CDU ist deshalb entschieden gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht und für die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer; gegen jede Verstaatlichung und für die Erhaltung des Privateigentums.

## Mitbestimmung

Eine soziale Marktwirtschaft schließt ein, daß alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte zu funktionsgerechter Mitbestimmung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt werden. Wir werden daher ein einheitliches Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht schaffen, das Rechte und Verantwortung der Arbeitnehmer stärkt, die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Unternehmer fördert und im Einklang mit der Tarifautonomie steht. Wir wollen, daß die individuellen Interessen der Arbeitnehmer in den Betrieben stärker berücksichtigt werden. Deshalb setzen wir uns ein für:

- stärkere Rechte für den einzelnen Arbeitnehmer am Arbeitsplatz,
- Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Mitbestimmungsorganen durch die Belegschaft,
- stärkere persönliche Stellung der Mitglieder der Vertretungsorgane der Arbeitnehmer,
- besseren Minderheiten- und Gruppenschutz,
- bessere Vertretungsrechte für die jugendlichen Arbeitnehmer,
- eigene Vertretungsrechte für die leitenden Angestellten,
- Wahl von Arbeitsgruppensprechern,
- erweiterte Zuständigkeiten für den Wirtschaftsausschuß und den Gesamtbetriebsrat,
- verantwortliche Bearbeitung der sozialen und personellen Belange der Arbeitnehmer auf Vorstandsebene.

## Mitbestimmung in der Schule

In Zukunft werden Eltern und Schüler weit mehr als bisher die Möglichkeit haben, auf das, was in unseren Schulen geschieht, Einfluß zu nehmen. Das am 1. August in Kraft getretene saarländische Schulmitbestimmungsgesetz erweitert ihre Rechte beträchtlich.

Ziel dieses Gesetzes ist es:
- Schülern und Eltern umfassende Informationsbefugnisse zu geben,
- Entscheidungsvorgänge durchsichtiger zu machen,
- zusätzlichen Sachverstand zu mobilisieren,
- die Bedingungen für ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Lehrern, Eltern und Schülern zu verbessern.

Zu diesem Zweck sieht das Gesetz auf allen Ebenen des Schulwesens - Einzelschule, Schulregion, Landesebene - für Eltern und Schüler eine breite Skala von Mitwirkungsrechten vor, nämlich Informations-, Anhör-, Beratungs- und Mitbestimmungsrechte.



Dies sind die wichtigsten:

- Eltern- und Schülervertreter nehmen an den Konferenzen der Lehrer mit beratender Stimme teil.
- In dem gemischten Gremium der Schulkonferenz, in dem Eltern und Schüler von den Lehrern nicht überstimmt werden können, entscheiden Eltern und Schüler über wichtige schulorganisatorische Fragen mit.
- Schüler und Eltern sind über die Unterrichtsplanung der Lehrer zu informieren und an der Planung und Gestaltung des Unterrichts zu beteiligen.
- In Fragen der Auswahl des Lehrstoffes, der Bildung von Schwerpunkten, der Reihenfolge einzelner Themen und der Anwendung bestimmter Unterrichtsformen ist Schülern und Eltern Gelegenheit zu Vorschlägen und Aussprachen zu geben.
- Dem Schüler und seinen Eltern sind die Bewertungsmaßstäbe für die Notengebung und die sontigen Beurteilungen zu erläutern.
- Dem Schüler ist auf Antrag nach Beendigung der Prüfung Einsicht in sämtliche Prüfungsakten zu gewähren.
- Den Eltern soll unter Berücksichtigung der pädagogischen Situation der Klasse und im Einvernehmen mit dem Lehrer Gelegenheit zu Unterrichtsbesuchen gegeben werden.
- Die Landeseltern- und Landesschülervertretungen sind vor wichtigen Maßnahmen vom Kultusministerium zu hören, z.B. vor dem Erlaß neuer Gesetze, Versetzungsordnungen, Prüfungsordnungen und der Einführung neuer Lehrpläne.

Im übrigen werden auch in Zukunft innerhalb unseres Schulwesens jene klaren Verantwortlichkeiten gewährleistet sein, die im Interesse des einzelnen Schülers zu fordern sind. So bleibt die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung für den bildungspolitischen Bereich ebenso sichergestellt wie die Verantwortlichkeit der Lehrer in fachlichen Angelegenheiten.

## Mittelstand

Wir betrachten eine breite Schicht von Selbständigen, ihnen vergleichbaren Führungskräften in der Wirtschaft und freiberuflich Tätigen als wesentliches Element unserer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Die gegenwärtige Steuerpolitik der liberalsozialistischen Bundesregierung muß als ausgesprochen mittelstandsfeindlich angesehen werden. Die Beharrlichkeit der Union im Ringen um die Steuerreform hat für mittelständische Unternehmen schon wesentliche Erleichterungen erbracht.

Dennoch ist die augenblickliche Lage vieler saarländischer Mittel- und Kleinunternehmen, insbesondere im Bereich des Einzelhandels, besorgniserregend. Zu einer schnellen und sicheren Versorgung unserer Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen und zur Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Wettbewerbs kommt aber gerade einem gesunden Mittelstand eine besondere Bedeutung zu. Daher fordert die CDU Saar:

Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen, insbesondere auch im Handel und im Handwerk, den freien Berufen und im Dienstleistungsgewerbe, ist durch Förderung der Zusammenarbeit, durch Beteiligung an öffentlichen Aufträgen und durch Beseitigung wettbewerbsverzerrender Faktoren zu stärken. Die Steuer- und Soziallasten müssen wettbewerbsneutral gestaltet sein. Rationalisierung und Eigenkapitalbildung der mittelständischen Unternehmen sind zu erleichtern; die Beteiligungsfinanzierung ist zu verbessern; das Beratungs- und Informationswesen, die Fortbildung sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sind zu fördern. Durch zinsgünstige Kredite für die Gründung selbständiger Existenzen sollen die Startchancen verbessert werden.

## Nahverkehr

In der Bewältigung der Nahverkehrsprobleme im Saarland sieht die CDU Saar eine zentrale Voraussetzung für die Erfüllung der strukturpolitischen Ziele dieses Landes. Ein guter Nahverkehr kommt jedem Bürger unmittelbar zugute: dem Arbeitnehmer, dem Unternehmer und auch jedem Verbraucher.

Die CDU Saar sieht in der Schaffung eines leistungsfähigen Verkehrsverbundes im Saarland eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß der Personennahverkehr in diesem Ballungsraum wirtschaftlich und leistungsfähig betrieben werden kann. Die Schaffung eines Verkehrsverbundes muß jedoch als ein Akt der Selbsthilfe der Verkehrsträger angesehen werden. Die CDU Saar ist der Überzeugung, daß eine derartig organisatorische Verbesserung noch



nicht hinreichend ist, um eine Gestaltung des Nahverkehrs zu erreichen, die allen Ansprüchen der Bevölkerung voll gerecht wird. Sie setzt sich deswegen für die Erarbeitung eines Nahverkehrskonzeptes ein, das eine enge Koordinierung der kommunalen Verkehrsplanung in einem Gesamtkonzept für das Land ermöglicht. Diese Konzeption wird sicherstellen, daß die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern erfolgt. Danach muß der Massenverkehr im Ballungsgebiet und entlang der Entwicklungsachsen des Saarlandes in größtmöglichem Umfang durch schienengebundene Verkehrsträger bewältigt werden, In diesen Bereichen wird der Ausbau eines S-Bahnnetzes überprüft. Der straßengebundene Verkehr hat dagegen seine wesentlichen Vorzüge in der Erschließung der dünner besiedelten ländlichen Gebiete.

Die CDU Saar ist der Überzeugung, daß der öffentliche Personenverkehr von allen gemeinwirtschaftlich motivierten Belastungen befreit werden sollte.

Sie wird sich dafür einsetzen, daß die Entwicklung der Siedlungsstruktur mit den Bedürfnissen eines leistungsfähigen Nahverkehrssystems eng koordiniert wird. Und sie wird dafür Sorge tragen, daß auch die Einsatzmöglichkeiten neuer Verkehrstechniken zur Bewältigung der speziellen Nahverkehrsprobleme im Saarland überprüft werden. Das ist nicht zuletzt deshalb erforderlich, weil die Verbesserung unserer Umweltqualität eine gezielte Verlagerung des Individualverkehrs auf den öffentlichen Personenverkehr notwendig macht.

## Öffentlicher Dienst

Aufgaben und Bedeutung des öffentlichen Dienstes in unserem stark dienstleistungsorientierten Wirtschafts- und Sozialgefüge haben in den letzten Jahren ständig zugenommen. Damit sind auch die Anforderungen an die Organisation und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gestiegen.

Die oft lebenswichtigen Aufgaben des öffentlichen Dienstes verlangen die Loyalität eines Berufsbeamtentums. Dabei betont die CDU neben der Fürsorgepflicht des Staates die besonderen Treuepflichten des Beamten als Staatsdiener. Eine Reform des Beamtenrechts, insbesondere die Modernisierung der Laufbahn- und Besoldungsordnung und die Anpassung des Beamtentums an die Bedürfnisse einer funktionalen Verwaltung sind dringende Aufgaben, die so bald als möglich gelöst werden müssen. Dazu gehört auch eine stärkere Berücksichtigung des Leistungsprinzips.

Der Gefahr einer unvertretbaren Aufblähung des öffentlichen Dienstes werden wir mit einem detaillierten Personalentwicklungsplan begegnen. Damit wird sichergestellt, daß alle wichtigen öffentlichen Aufgaben mit dem geringstmöglichen Aufwand erfüllt werden können.

Die CDU hat ein Personalvertretungsgesetz geschaffen, das zu den fortschrittlichsten in der Bundesrepublik zählt: es dehnt die Mitbestimmungsrechte der 40.000 im öffentlichen Dienst Beschäftigten auf den gesamten personellen und sozialen Bereich aus. In gleicher Weise soll auch das Recht der Richtervertretung weiterentwickelt werden.

Die zunehmende Unterwanderung des öffentlichen Dienstes durch radikale Kräfte von rechts oder links stellt eine Herausforderung an unser Prinzip der streitbaren Demokratie dar. Wir werden es daher in keinem Falle zulassen, daß in saarländischen Schulen, Gerichtssälen oder Verwaltungen der Klassenkampf propagiert wird.

## Orientierungsstufe

Chancengerechtigkeit im Schulwesen erfordert, daß der junge Mensch eine seinen Fähigkeiten, Neigungen sowie seinem Leistungswillen entsprechende Förderung erfährt, damit Fehlleitungen weitestgehend vermieden werden.

Dies ist von ganz besonderer Bedeutung an den Gelenkstellen des Bildungswesens, an denen Entscheidungen über weiterführende Bildungsgänge in Hauptschule, Realschule und Gymnasium zu treffen sind.

Für die 11- und 12-jährigen in den Klassenstufen 5 und 6 soll die Orientierungsstufe diese Aufgabe erfüllen. Sie soll die Schüler so gezielt fördern, daß die Entscheidung über ihre weiteren schulischen Bildungsgänge auf eine gesicherte Grundlage gestellt ist und für Schüler, Eltern und Lehrer durchsichtiger wird.

Die Orientierungsstufe stellt daher in erster Linie eine pädagogische Aufgabe dar. Organisatorisch soll sie schulformunabhängig eingerichtet werden. Da sie auf die verschiedenen Schulformen hinführt, wird mit ihrer Einführung nicht etwa, wie fälschlich von politischen Gegnern behauptet wird, der Einführung einer integrierten Gesamtschule das Wort geredet.

Wichtige inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen werden bereits getroffen:



- Lernzielorientierte Lehrpläne für die einzelnen Fächer der Orientierungsstufe liegen vor
- ein grundlegendes Differenzierungsmodell für eine individuelle Gestaltung des Bildungsganges wurde erarbeitet
- Lehrer der verschiedenen Schulformen werden auf ihren Einsatz in der Orientierungsstufe vorbereitet
- die Standorte für Orientierungsstufen werden festgelegt.

## Raumordnung

Ziel der Raumordnung ist eine Siedlungs- und Infrastruktur, die die Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen in der Gesellschaft verbessert und eine wachstumsfähige Volkswirtschaft sowie die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und in den einzelnen Regionen gewährleistet. Eine solche Politik muß über die Landesgrenzen hinweg erfolgen ohne die Eigenständigkeit der Bundesländer in Frage zu stellen. Die Pflege der Landschaft und die Erhaltung des Gleichgewichts im Naturhaushalt sind Aufgaben, denen wir in Zukunft besondere Bedeutung zumessen.

In den ländlichen Gebieten müssen genügend gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine ausreichende Zahl zentraler Orte soll die Bewohner auf dem Lande mit jenen öffentlichen Dienstleistungen versorgen, die die einzelne Gemeinde nicht bereitzustellen vermag. Mittelgroße Städte sollen zu regionalen Zentren ausgebaut werden. Attraktive öffentliche und private Dienstleistungen sollen neue wirtschaftliche Unternehmen anziehen und dadurch ihr Angebot an Arbeitsplätzen erhöhen. Das Saarland muß auch in Zukunft angemessen mit Bundesdienststellen bedacht werden.

Um einen wirksamen Vollzug der Raumordnungspolitik zu sichern, müssen Bund, Länder und Gemeinden ein System verbindlicher, aufeinander abgestimmter Raumordnungsregeln entwerfen, die auch bei den mehrjährigen Finanz- und Investitionsplanungen der öffentlichen Hand auf allen Ebenen wirksam werden.

## Rauschgiftkriminalität

Die Rauschgiftkriminalität stellt immer noch ein ernsthaftes Problem dar. Sie ist Herausforderung nicht nur an Polizei und Justiz, sondern auch an unsere gesamte Gesellschaft. Die CDU Saar fordert daher vor allem vorbeugende Maßnahmen. Das bedeutet im einzelnen:

- sachliche Aufklärung über Suchtgefahren und Hintergründe in allen Schulen;
- Aufklärung und Beratung der Eltern suchtgefährdeter Jugendlicher;
- Beratungsstellen für Drogenabhängige; großzügige Unterstützung aller freien Träger, die sich um die Resozialisierung Drogenabhängiger bemühen.

Darüberhinaus fordern wir eine härtere Bestrafung derer, die als Dealer und Geschäftemacher Leben und Gesundheit vieler unserer Jugendlichen gefährden.

## Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen

Die ständig zunehmende Zahl von gesetzlichen Regelungen auf allen Lebensgebieten und die Kompliziertheit unserer Rechtsordnung erschweren Bürgern mit geringem Einkommen und Vermögen die zweckentsprechende Verfolgung oder Verteidigung ihrer Rechte. Der freiheitliche, soziale Rechtsstaat kann es nicht zulassen, daß wirtschaftlich schwache Bürger aus Gründen unzumutbarer finanzieller Belastung von rechtlicher Beratung oder gar von effektivem Rechtsschutz ausgeschlossen werden. Das sogen. Armenrecht bietet nur dort eine Hilfe, wo es zu einem gerichtlichen Verfahren kommt.
Daher hat die CDU Saar für sozial schwache Bürger ein Modell kostenfreier Rechtsberatung geschaffen, das schon bald verwirklicht werden soll.
Danach kann jeder Ratsuchende, dessen Einkommen bzw. Vermögen eine gewisse Höhe nicht übersteigt, einen Rechtanwalt seiner Wahl aufsuchen und sich beraten lassen. Die Kosten werden vom Ministerium für Rechtspflege übernommen.
Wir glauben, daß diese Maßnahme wesentlich dazu beiträgt, die Chancengleichheit aller Bürger vor dem Recht zu gewährleisten und das Vertrauen in unsere Rechtsordnung zu stärken.



Der freiheitliche Rechtsstaat gewährleistet Schutz und Rechtssicherheit dem einzelnen und der Gemeinschaft. Garanten dieses Rechtsschutzes und Rechtsfriedens sind eine moderne Gesetzgebung und eine leistungsfähige Rechtspflege, in der die Gerichte ihre Aufgaben durch unabhängige Richter erfüllen.

Um die Sonderstellung der rechtssprechenden Gewalt stärker zum Ausdruck zu bringen und die Vereinheitlichung des gerichtlichen Verfahrens zu fördern, hat die CDU Saar ein eigenes Rechtspflegeministerium mit umfassender Kompetenz geschaffen. Das von der CDU Saar eingebrachte Gesetz zur Neuorganisation der ordentlichen Gerichte im Saarland soll leistungsfähigere und rationeller arbeitende Gerichtseinheiten schaffen. Darüber hinaus fordert die CDU Saar:

- eine Ausbildung, die den Richtern das zum Verständnis einer sich ständig wandelnden Gesellschaft erforderliche Rüstzeug vermittelt
- den stärkeren Einsatz technischer Hilfsmittel (z. B.: elektronischer Datenbanken), die es im Interesse der Rechtssuchenden ermöglichen, Entscheidungen anderer Gerichte in ähnlich gelagerten Fällen sowie wissenschaftliche Erkenntnisse umfassend und schnell nutzbar zu machen.

## Rettungsdienst

Die CDU Saar unterstützt die in den letzten Jahren von der Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen vorgenommenen Verbesserungen des saarländischen Unfallrettungsdienstes, der nunmehr über einen stattlichen Park modern ausgestatteter Krankentransport- und Rettungswagen verfügt. Sie fordert eine zügige Durchführung des von der Landesregierung eingebrachten Rettungsdienstgesetzes.

Dabei kommen der Organisation und der künftigen Finanzierung des Rettungsdienstes besondere Bedeutung zu.

Die CDU tritt für eine baldige Bildung des Rettungszweckverbandes und die zügige Einrichtung der im Gesetz vorgesehenen Rettungsleitstelle ein. Sie hält außerdem den geplanten zentralen Bettennachweis für dringend erforderlich.

Die CDU Saar begrüßt im übrigen das im Gesetz enthaltene Finanzierungsmodell, das die Betriebskosten den Benutzern (z. B. den Krankenkassen) auferlegt und für die Investitionskosten eine anteilige Finanzierung durch Land, Rettungszweckverband, Gemeinde und Hilfsorganisation vorsieht.

Die CDU erwartet ferner, daß durch Vereinbarung kostendeckender Beförderungsentgelte im Rahmen des Gesetzes künftig Defizite im Bereich des Notfall- und Krankentransportwesens vermieden werden.

Das Saarland ist das dritte Bundesland, das den Rettungsdienst auf gesetzliche Grundlage gestellt hat.

Schulregion

Im Interesse der Chancengerechtigkeit ist das Bildungssystem räumlich so zu ordnen, daß ein vielfältiges, breit gefächertes Angebot an Schulen in zumutbarer Entfernung für die jungen Menschen bereitgehalten wird. Diese Verpflichtung kann in der Schulregion verwirklicht werden.

Die im Programm "Bildung in Stufen" im Jahre 1970 zugrundegelegte Konzeption der Schulregion kann nun auf der Grundlage des am 1. August 1974 in Kraft getretenen Schulordnungsgesetzes umgesetzt werden. Zentrales Organ jeder Region ist die Schulregionkonferenz, die entsprechend dem gleichfalls am 1. August 1974 in Kraft getretenen Schulmitbestimmungsgesetz gebildet wird.

Die Schulregion wird die Bildungseinrichtungen von der Grundschule bis zum Abschluß des Sekundarbereichs II (Oberstufe des Gymnasiums, berufliche Schulen) umfassen und bei der Bestimmung beruflicher Bildungswege auch die wirtschaftliche und soziale Struktur des Gebietes berücksichtigen.

Die Schulregion stellt somit ein organisiertes Verbundsystem zwischen den verschiedenen Schulformen und Schulstufen dar. Damit verbinden sich drei wesentliche Ziele:

1. Das Bildungssystem trotz seiner Differenzierung für Eltern und Schüler durchsichtiger zu machen,
2. Anstöße zu einer engeren pädagogischen und organisatorischen Zusammenarbeit zu geben und
3. die vorhandenen schulischen Einrichtungen wirkungsvoller zu nutzen und die verfügbaren Finanzmittel rationell einzusetzen.

Service-Haus

Ehe und Familie bilden die natürliche Grundlage des Gemeinschaftslebens. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der modernen Industriegesellschaft erschweren indes ein gemeinsames Familienleben: Ehe und Familie sind in Gefahr. Eine wesentliche Voraussetzung zur Abwendung dieser Gefahr ist die kinder- und familiengerechte Wohnung. Deshalb muß der soziale Wohnungsbau stärker nach den Bedürfnissen von Müttern und Kindern ausgerichtet werden. Das familiengerechte Modell der Service-Häuser soll auch im Saarland erprobt werden.



Es handelt sich hierbei um eine Wohnform, die mit einer ganzen Palette an Dienstleistungen gekoppelt ist. Dazu gehören z. B.: Kindertagesstätten, Kinderkrankenstuben, Drugstore, Putzdienst. Sie ermöglicht zeitgemäße, partnerschaftliche Lebensvollzüge; sie erweitert den Lebensraum für Mütter, damit die einzelne Mutter frei entscheiden kann, ob sie voll Hausfrau sein möchte oder nach der Geburt eines Kindes ihre berufliche Tätigkeit fortsetzen will; sie sichert den Kindern ihr Recht auf Erziehung, Sozialisation und Geborgenheit; sie fordert zu mehr gemeinsamem Wohnen auf, ohne es erzwingen zu wollen; sie mindert Vorzüge der Kleinfamilie - ihre Privatheit - nicht, beendet aber ihre Nachteile - die Vereinsamung.

Sicherheit, innere

Die Gewährleistung und Verbesserung der inneren Sicherheit ist eine permanente Aufgabe, die nur in engem Zusammenwirken mit den anderen Bundesländern, dem Bund und den europäischen Nachbarn gelöst werden kann. Der Begriff umfasst neben der allgemeinen Rechtssicherheit, den Rechtsschutz durch die Behörden, den Schutz vor Kriminalität, Gewalttätigkeiten und Terror.

Zur Erhaltung und Verbesserung der inneren Sicherheit wollen wir insbesondere

- Die Möglichkeiten der Ursachenforschung im Bereich der Kriminalität und der Verkehrssicherheit nutzen und deren Ergebnisse vorbeugend unserer Bevölkerung zugänglich machen.
- Gewalttätern und Systemüberwindern mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Insbesondere müssen Polizei und Strafverfolgungsbehörden angemessen instandgesetzt werden, um ihre schwierigen Pflichten nach streng rechtsstaatlichen Grundsätzen erfüllen zu können. Dies erfordert auch, daß die Vor-, Aus- und Weiterbildung unserer Polizei systematisch verbessert wird, und daß die Unterbringung, die Ausstattung und die Ausrüstung der Polizei den modernen Erkenntnissen und der technischen Entwicklung angepaßt werden.

## Sicherheit im Straßenverkehr

Die Sicherheit im Straßenverkehr läßt sich nicht dadurch erhöhen, daß man die Fahrweise des Autofahrers durch immer drastischere Ge- und Verbote reglementiert. Wie sich in der jüngsten Vergangenheit wieder gezeigt hat, sind solchen Gesetzen höchstens kurzfristige Erfolge beschert. Die CDU will durch verstärkte Aufklärungsarbeit und durch intensive Verkehrserziehung in den Schulen und den Betrieben das Verantwortungsbewußtsein nicht nur des Kraftfahrers, sondern auch der übrigen Verkehrsteilnehmer stärken. Darüberhinaus müssen viele praktische Maßnahmen ergriffen werden, so z. B.:

- Neubau von Ortsumgehungen
- Beseitigung von schienengleichen Bahnübergängen
- Umbau von sonstigen Unfallschwerpunkten wie Kreuzungen und unübersichtlichen Kurven
- verstärkter Gebrauch von Richtgeschwindigkeiten.

## Soziale Dienste, Sozialstationen

Unter sozialen Diensten versteht man heute die individuelle Betreuung und Pflege, insbesondere von kranken und alten Mitmenschen, aber auch von Familien, die aus besonderen Umständen und Ursachen der mitmenschlichen und nachbarschaftlichen Hilfe bedürfen.

Diese Aufgaben, die früher innerhalb der Großfamilie wahrgenommen wurden, müssen heute von der Gesellschaft erbracht werden. Die wachsende Berufstätigkeit der Frau, sowie der durch steigende Lebenserwartungen immer größer werdende Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung, lassen die Probleme noch dringender erscheinen. Es muß daher eine entsprechende Organisationsform gefunden werden, in der soziale Dienstleistungen zentral angeboten werden.
Im einzelnen gilt es:

- Die Isolierung zu mildern durch Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten, durch Einrichtung von Besuchsdiensten, durch Hilfen, die zur Selbsthilfe anregen;
- Die offene Kranken-, Alten- und Familienpflege verstärkt zu fördern und damit alten, kranken und alleinstehenden Menschen zu ermöglichen, solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und persönlichen Freiheit, zu leben, sowie die Weiterführung des Haushaltes bei Familien zu gewährleisten, wenn die Mutter ausfällt;
- Die Eingliederung und Integration Behinderter zu fördern;
- Den Suchtkranken durch eine intensive Beratung und Betreuung zu helfen;
- Überforderte Mütter zu entlasten;
- Hilfe für besonders benachteiligte und in Not geratene Menschen anzubieten.



Eine optimale Koordination sozialer Dienste ist durch die Zusammenlegung der Bereiche Jugend- und Sozialhilfe, Familien und Gesundheit und Sozialordnung gewährleistet. Ein detaillierter Landessozialplan soll im Rahmen der Landesentwicklungsplanung die soziale Infrastruktur unseres Landes stetig und gezielt verbessern. Dabei werden wir überall, wo es möglich ist, der Eigeninitiative der freien Träger vor allumfassender staatlicher Planung den Vorzug geben.

Als eine moderne Konzeption und zur Zusammenfassung sozialpflegerischer Dienste hat die CDU-Landesregierung mit dem Aufbau von Sozialstationen in den Städten und Gemeinden begonnen. Durch weiteren Ausbau soll in den nächsten Jahren ein ganzes Netz solcher Einrichtungen geschafffen werden.

## Sport, Sportförderung

Der Sport erfährt an der Saar eine besondere Förderung.

Die Landessportkonferenz hat eine wirkungsvolle Koordinierung der Maßnahmen von Gemeinden, Landkreisen, Land, Sportverbänden, Vereinen, Schule und Hochschule ermöglicht. Der von der Landessportkonferenz erarbeitete Netzplan für den Bau von Spiel-, Sport- und Schwimmhallen trägt sowohl den Bedürfnissen der Bevölkerung, der schulischen Leibeserziehung als auch des Vereinssports Rechnung.

In diesem Netzplan sind 26 neue Sporthallen und 12 neue Schwimmhallen, darunter 1 Schwimmhalle mit 50 m-Becken vorgesehen. Ein im vergangenen Jahr verabschiedetes Sonderfinanzierungsprogramm wird es ermöglichen, daß diese umfangreichen Investitionsvorhaben spätestens 1976 abgeschlossen sind. Dann wird das Saarland über 55 moderne Sporthallen (20 x 40 m und größer), 37 Hallenbäder (mit 25 m-Becken) und 56 Freibäder verfügen und damit von allen Bundesländern das mit Abstand dichteste Netz gedeckter Sportstätten aufweisen. Zu diesen Anlagen, die wegen ihrer Größe überörtliche Bedeutung haben, kommen folgende bereits jetzt vorhandene Sportstätten hinzu:

| | |
|---|---|
| 425 | Sportplätze |
| 400 | Schulturnhallen |
| 12 | Kleinstschwimmhallen |
| 30 | Lehrschwimmbecken |
| 241 | Tennisplätze |
| 16 | Tennishallen |
| 1612 | Schießsportanlagen |
| 250 | Kegelbahnen |
| 6 | Luftsportanlagen |
| 67 | Reitsportanlagen |
| 11 | Wassersportanlagen |

Neben der Förderung des Breitensports gelten die Bemühungen vor allem dem Schulsport, insbesondere an beruflichen Schulen.

## Steuerreform

Die CDU Saar fordert: Das geltende Recht muß im Rahmen einer umfassenden und stufenweise zu verwirklichenden Steuerreform den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielen entsprechend neu gestaltet werden. Dazu fordern wir von einer fortschrittlichen Steuergesetzgebung:

- über eine durchgängig progressive Tarifgestaltung die Lasten so zu verteilen, daß eine ausgewogenere Einkommensverteilung und gerechtere Vermögensbildung bewirkt wird,
- eine verbesserte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zu erleichtern,
- die Beteiligung breiter Schichten der Bevölkerung am Produktivkapital zu fördern,
- eine wettbewerbsneutrale Gestaltung,
- Konzentration auf wenige Steuern,
- Abbau von Steuervergünstigungen und Ersatz durch offene Subventionen,
- eine einfache Ausgestaltung, um den Verwaltungsaufwand in vertretbaren Grenzen zu halten und dem Staatsbürger die Übersicht zu erleichtern,
- die Berücksichtigung internationaler Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft,
- die Harmonisierung der Steuersysteme in der EG,
- Steuerhinterziehungen stärker zu erfassen; der Steuerflucht entgegenzuwirken.

## UMWELTORDNUNG

Wie in jedem industriellen Ballungsraum in Ost und West treten die umweltpolitischen Ziele auch im Saarland an die Spitze des politischen Handelns. Dabei ist einer ausgewogenen Umweltpolitik die Umwelthysterie ebenso abträglich wie die Sorglosigkeit, die uns alle die Umwelt sehr lange zum Null-Tarif mißbrauchen ließ.

Die Bewältigung der Umweltgefahren erfordert keine allzuständige Planwirtschaft. Diese Gefahren werden von einer weiterentwickelten und konsequent verwirklichten Marktwirtschaft am besten überwunden oder vermieden. Die CDU Saar bekennt sich daher grundsätzlich zu einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Umweltpolitik.



Nur die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips wird uns auf Dauer eine lebenswerte Umwelt sichern können. Es entspricht nicht nur marktwirtschaftlichen Prinzipien, sondern ist auch mit den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten verbunden, wenn jeder Verursacher von Umweltschäden den Schaden, den er der Gemeinschaft zufügt (soziale Kosten), materiell wieder abgelten muß.

Die Grundlage unserer Umweltpolitik ist eine umfassende Umweltordnung:

- Sie ist eingebunden in eine langfristige Planung. Denn wichtiger als die Beseitgung vorhandener, ist die Vermeidung kommender Umweltgefahren.
- Sie erfaßt alle schwerwiegende Eingriffe in Landschaft und Naturhaushalt. Die Schaffung eines einheitlichen Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen hat eine sinnvolle Koordination aller Einzelmaßnahmen ermöglicht.

Zu den vielgestaltigen Aufgaben einer umfassenden Umweltpolitik gehören:

- Der Schutz und die Gestaltung der Landschaft.
- Die Gestaltung der Siedlungen.
- Die Wasserversorgung und die Reinhaltung des Wassers.
- Die Reinhaltung der Luft.
- Die Bekämpfung des Lärms.
- Die Abfallbeseitigung.
- Der Schutz vor Strahlenbelastungen.
- Der Schutz vor Belastung mit Bioziden.

Bei der Bewältigung dieser Aufgaben wurden in den zurückliegenden Jahren bereits beachtliche Erfolge erzielt. So wurden zur Sicherung der Wasserversorgung und zum Schutz des Grundwassers bisher 15 Schutzgebiete festgesetzt. 20 weitere Verfahren zur Festsetzung von Wasserschutzgebieten sind in Vorbereitung.

Für Maßnahmen der Abwasserbeseitigung wurden erhebliche Investitionen getätigt (seit 1970 mehr als 180 Mio DM). Heute sind rd. 95 % der Bevölkerung an die öffentliche Kanalisation angeschlossen. 50 % der Abwässer werden zur Zeit durch zentrale Kläranlagen geklärt. Weitere Maßnahmen, die zur Erhaltung bzw. Sanierung des Gütezustandes der saarländischen Gewässer notwendig sind, werden in dem Sonderplan "Abwasserbeseitigung im Saarland" zusammengestellt. Die Durchführung dieses Programmes erfordert die Errichtung weiterer 120 kommunaler Kläranlagen einschließlich der erforderlichen Hauptsammler. Die entsprechenden Maßnahmen sollen in einem Zeitraum von 15 Jahren fertiggestellt werden.

Im Bereich der Luftreinhaltung ist seit drei Jahren ein erfreulicher Rückgang der Staubbelastung zu verzeichnen. Dies ist im wesentlichen auf die erheblichen Investitionen der Saarhütten zurückzuführen, die seit 1960 für diesbezügliche Maßnahmen ca. 124 Mio DM aufgewandt haben.

Auf der Grundlage dieser erfreulichen Entwicklungstendenzen wird sich künftig eine Schwerpunktverlagerung zu einer umfassenden Umweltplanung ergeben.

So erfordern Naturschutz und Landschaftspflege eine umfassende Ordnung von Natur und Landschaft. Im Konflikt zwischen den Nutzungsinteressen der Gesellschaft und den Erfordernissen von Natur und Landschaft muß dabei ein angemessener Ausgleich gefunden werden. Diesem Ziel dient die Aufstellung des Raumordnungsteilplanes "Landschaft" ebenso wie die Aufstellung eines landschaftspflegerischen Rahmenplanes. Das neue saarländische Naturschutzgesetz wird hierfür wichtige Voraussetzungen schaffen.

Weitere wichtige Elemente einer umfassenden Umweltplanung sind

- die Festlegung der Entwicklungsziele der Raumordnung in Raumordnungsteilplänen
- der Aufbau eines automatisierten Immissionsmeßsystems in den Belastungsgebieten als Grundlage für die Erstellung von Emissionskatastern und Luftreinhaltungsplänen
- die Wiederverwendung ungenutzter Industrieflächen.

Unternehmensrecht

Unter dem Vorsitz von CDU-Generalsekretär Prof. Kurt Biedenkopf und dem Vorsitzenden der Sozialausschüsse Hans Katzer ist eine Fachkommission damit beschäftigt, eine umfassende Neugestaltung des Unternehmensrechts zu erarbeiten.

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist Ausdruck christlich sozialen Gedankengutes und eine Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Kooperation der im Unternehmen tätigen Kräfte, denn die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an den Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen. Eines der wichtigsten Ziele der Mitbestimmung ist die Humanisierung der Arbeitsbedingungen.
Das neue Unternehmensrecht soll:

- den im Unternehmen arbeitenden Menschen als Mitglied des Sozialverbandes Unternehmen behandeln und nicht wie bisher nur als Außenstehenden, der unter Vertrag genommen ist;
- ein partnerschaftliches Verhältnis von Arbeitnehmer, Kapitaleigner und Unternehmensleitung auf der Grundlage der Parität gewärleisten;



- den ordnungspolitischen Zusammenhang von Koalitionsfreiheit, Privateigentum und Unternehmensautonomie im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft sichern;
- den Übergang von der institutionellen zur gleichberechtigten gesellschaftsrechtlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer ermöglichen.

Verbraucherschutz

Um einen bestmöglichen Verbraucherschutz zu garantieren, hat sich die CDU Saar folgende Ziele gesetzt:

- Einsetzen eines Verbraucherbeirates auf Landesebene;
- Verbraucheraufklärung im Unterricht für alle Schulformen und -stufen;
- Koordinierung der Verbraucherinteressen mit den berechtigten Interessen des Einzelhandels und des Mittelstandes;
- Verstärkter Schutz des Verbrauchers vor unlauteren Geschäftsmethoden;
- Umfassender Schutz des Verbrauchers gegen Gesundheitsgefährdungen;
- Garantieverlängerung bei langlebigen Gütern.

Vermögensbildung

Für die CDU stellt die Vermögenspolitik eine konsequente Verwirklichung ihrer Grundwerte dar. Die Politik der CDU ist

- für soziale Marktwirtschaft und gegen sozialistische Planwirtschaft,
- für soziale Partnerschaft und gegen Klassenkampf,
- für persönlich verfügbares Miteigentum am Produktivvermögen und gegen Kollektiveigentum.

Unser Programm für eine persönliche Teilhabe der Arbeitnehmer am Gewinn und Kapital in der Wirtschaft ist eine Kampfansage an die Gegner unserer Gesellschaftsordnung; es ist überzeugende Antwort und konsequente Alternative zu kollektivistischen Vorstellungen.

Wir lehnen daher alle Pläne ab, in denen die private Konzentration durch öffentliche Konzentration ersetzt und über zentrale Fonds den Bürgern wesentliche Verfügungsrechte vorenthalten werden sollen; ebenso unvertretbar ist es, die Vermögenspolitik

auf Sparförderung und Eigentumsbildung zu beschränken; sie soll vielmehr bewußt auf eine Änderung der Verteilung des Vermögenszuwachses und damit auf einen Abbau der Vermögenskonzentration abzielen.

Christlich-demokratische Vermögensbildungspolitik will erreichen, daß alle unselbständig Tätigen ebenso wie die selbständig Tätigen persönliche Miteigentümer am Produktivvermögen werden und über ihr Eigentumsrecht frei verfügen können.

Für den Erwerb dieses Eigentums erhält jeder Arbeitnehmer zusätzliches Einkommen und zwar entweder als Beteiligungslohn (Ertragsbeteiligung) oder als investive betriebliche Gewinnbeteiligung. Die für die Vermögensbildung von der Wirtschaft aufzubringenden Mittel sollen in Beteiligungswerten angelegt werden, damit sie der Wirtschaft voll für Investitionen, Wachstum und Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Verbesserung der Finanzierungsstruktur erhalten bleiben.

Über die Möglichkeiten betrieblicher Ertrags- und Gewinnbeteiligung hinaus werden wir ein Konzept erarbeiten, um auch Hausfrauen und Rentner am Produktivvermögen der Wirtschaft zu beteiligen.

## Verwaltung

Organisation und Praxis der öffentlichen Verwaltungen dürfen nicht durch historische und hierarchische Gegebenheiten bestimmt werden: sie müssen sich vielmehr nach den Erfordernissen eines modernen Staatswesens richten und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft, sozialen und kulturellen Bereichen ermöglichen.

Im Rahmen einer umfassenden Funktionalreform fordert die CDU Saar die sinnvolle Neuregelung von Zuständigkeiten und Ressorts, verbesserte Kooperation und Information, Rationalisierung durch Einführung der elektronischen Datenverarbeitung. Ziel unserer Bemühungen ist eine leistungsfähige Verwaltung, zugänglich für jeden, durchschaubar und verständlich in ihren Arbeitsgängen, Zuständigkeiten und dienstlichen Abhängigkeiten.

Mit der Gebiets- und Verwaltungsreform hat die CDU Saar einen erfolgreichen Anfang gemacht; Leistungsfähigkeit und Bürgernähe der Verwaltungen konnte verbessert werden. Diese Politik wollen wir fortsetzen; denn die Behörden sollen nicht als Vorgesetzte der Öffentlichkeit tätig werden, sondern als deren dienende Helfer.



## Vorschulische Erziehung

Vorschulische Erziehung ist familienergänzende Erziehung. Sie ist die Grundlage für Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Das bedeutet nicht frühe Verschulung des Kindes, wohl aber kindgemäße Förderung und Vorbereitung auf die Schule hin.

Diesem Ziele dienen:

- die vor einem Jahr an allen vorschulischen Einrichtungen eingeführten Rahmenrichtlinien
- die Ausgestaltung der Rahmenrichtlinien
- die Fortbildung der Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen
- das Gesetz zur Förderung der vorschulischen Erziehung,
  - das die Finanzierung regelt,
  - das die Mitwirkung aller Beteiligten, insbesondere der Eltern in Vorschulausschüssen ermöglicht,
  - das den Wirkungskreis der freien Träger sichert.

Für 80 % aller drei- bis fünfjährigen Kinder stehen bereits heute Plätze zur Verfügung, ab 1977 soll das Platzangebot für alle Drei- bis Fünfjährigen ausreichen.

Dies sind die nächsten Schritte:

- Weiterentwicklung der Inhalte vorschulischer Erziehung
- Individuellere Ausgestaltung der Erziehungsarbeit
- Verbesserung der Raum-, Sach- und Personalausstattung
- Neugestaltung der Ausbildung der Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen.

## Wettbewerb

Die CDU fordert die Neufassung des Wettbewerbsrechtes. Hierbei muß überprüft werden, ob angesichts der wachsenden Unternehmenskonzentration der Wettbewerb durch Entflechtung gesichert werden kann.

Zur Sicherung des Wettbewerbs darf der Wettbewerbshüter "Kartellamt" nicht zur Preiskontrollbehörde umfunktioniert werden. Sein Instrumentarium muß gleichwohl ordnungspolitisch so perfekt und ausreichend sein, daß es die wirtschaftlichen Mächte kontrollieren kann.

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb muß dahingehend erweitert werden, daß mittelständische Betriebe nicht der Macht von Großunternehmen ausgeliefert werden.

Wohnen

Wohnen heißt für die Union, einen Raum besitzen für die persönliche Entfaltung, für das Familienleben, für die soziale Begegnung und für Freizeit und Erholung. Dies muß jedem Bürger ermöglicht werden.

Wohnen ist nicht begrenzt auf die eigenen vier Wände. Es umfaßt auch die Zuordnung von Dienstleistungen, von Versorgungsmöglichkeiten und Freizeitangeboten. Ein dementsprechend umfassendes und hochwertiges Angebot ist nur in der größeren Gemeinde möglich.

Ein möglichst vielfältiges Wohnungsangebot muß dem Bürger zur Auswahl gestellt sein, damit er seinen Ansprüchen und Bedürfnissen Rechnung tragen kann. Die Bedürfnisse von Familien mit Kindern und von älteren Menschen müssen dabei in besonderem Maße berücksichtigt werden.

Eigenheim und Eigentumswohnung und Mietkaufwohnung sind gleichwertige Formen der Eigentumsbildung.

Die CDU strebt eine humane Umwelt an. Im Bereich der Städte und Gemeinden bedeutet das die Schaffung von Fußgängerzonen, in denen alle Bürger ungefährdet und ohne Angst am Leben der Allgemeinheit teilnehmen können. Es bedeutet aber auch die Einführung umweltfreundlicher Methoden zur Abfall- und Abwasserbeseitigung, die Auslagerung störender Gewerbebetriebe aus Wohnlagen, die Bekämpfung von Lärm und Luftverschmutzung.